

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 33.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mart. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 17. August 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Verhandlungen und Beschlüsse des sechsten internationalen Kongresses christl. Textilarbeiterorganisationen.

Auf dem Gebiete der internationalen Verbindungen der christlichen Arbeiterberufsverbände wirkten die christlichen Textilarbeiterorganisationen bahnbrechend. Mit Genugtuung konnten diese sehen, wie im Laufe der Jahre die übrigen christlichen Berufsverbände ihrem Beispiele folgten, mit ausländischen Bruderverbänden engere Beziehungen anknüpften und Kartellverträge abschlossen. Die bedeutendsten christlichen Gewerkschaftsorganisationen unseres Vaterlandes haben heute internationale Verträge, sodaß vor einigen Jahren sogar in Zürich eine Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer der verschiedensten Länder stattfinden konnte, auf der die Gründung eines internationalen Sekretariats christlicher Landesorganisationen mit dem Sitz in Köln beschlossen wurde. Dieser Konferenz ist bereits eine zweite (in Köln) gefolgt, ein Beweis dafür, daß die Notwendigkeit einer engen Verbindung mit den christlichen Bruderverbänden des Auslandes immer mehr eingesehen wird.

Von allen internationalen Vereinigungen christlicher Berufsverbände ist die der christlichen Textilarbeiter nicht bloß die älteste, sondern auch die am besten ausgebaute. Zweck und Aufgabe unserer internationalen Vereinigung sollte sein:

1. Die Propagierung des christlichen, interkonfessionellen und nicht parteipolitischen Gewerkschaftsgedankens auch in jenen Ländern, in denen unsere Bewegung noch keinen Boden hat finden können, jedoch unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des betr. Landes, der Eigenheiten des Volkcharakters.
2. Förderung der praktischen Organisationsarbeit. Gründung einer internationalen Kasse, aus der in besonderen Fällen den angeschlossenen Verbänden eine Unterstützung gewährt werden könnte. Wahrung der Rechte der Mitglieder der angeschlossenen Verbände bei Reisen nach einem Lande, deren christliche Textilarbeiterorganisation der Vereinigung angehört. Gegenseitige Raterteilung und praktische Hilfe in allen gewerkschaftlichen Organisationsfragen. Raterteilung und Unterstützung bei großen Streiks und Aussperrungen, Abwehr von Arbeitswilligen usw.
3. Förderung der kollektiven Arbeitsverträge (Tarifverträge), des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung.
4. Der international organisierten sozialistischen Textilarbeiterbewegung einen internationalen Bund der christlichen Textilarbeiterorganisationen gegenüber zu stellen.

Alle diese Programmpunkte sind im Laufe der vergangenen zehn Jahre mit viel größerem Erfolge vertreten und verwirklicht worden, als vorauszu sehen war und erwartet werden konnte. In allen Ländern, in denen christliche Textilarbeiterorganisationen unserer Vereinigung angehören, hat die christliche Gewerkschaftsbewegung außerordentlich große Fortschritte gemacht. Und es ist kein Zufall, sondern auch ein Erfolg der Arbeit unserer internationalen Vereinigung, daß in jenen Ländern, Deutschland ausgenommen, die Textilarbeiter die stärksten in der Gruppe der christlich organisierten Arbeiter sind.

Begrüßungsfeier.

Dem diesjährigen (sechsten) Kongress, der vom 28. Juli bis 1. August in Wien im Saale der christlichen Fleischergesellen stattfand, ging eine glänzende Begrüßungsfeier voraus. Wir haben bereits in der vorigen Nummer eingehender darüber berichtet. Kollege Krikawa, Vorsitzender des Verbandes der christlichen Textilarbeiter Oesterreichs,

konnte u. a. die Abgeordneten Kunschak, Mender, Nepustil, Dr. Scholz und Spalowsky, die Gemeinderäte Angeli, May, Ryll und Solterer, sowie mehrere Bezirksräte, ferner die katholischen Studentenverbindungen „Austria“ und „Morika“, sowie den Verein christlich-deutscher Studenten „Akademia“ begrüßen. Entschuldigungs schreiben waren eingegangen vom Kardinal Dr. Nagl, Fürstbischof von Wien, von Bischof Dr. Köppler von St. Pölten, Vizebürgermeister Dr. Borzer, sowie den Abgeordneten Baron Fuchs, Dr. Jergabek, Kunz, Dr. Scheicher, Dr. Stumpf u. a. m.

Kollege Spalowsky leitete die Feier im Namen des Landeskartells der christlichen Gewerkschaften Niederösterreichs ein mit einem herzlichen Willkommen der Gäste und namentlich der ausländischen Delegierten. Kollege Krikawa sprach im Namen des christlichen Textilarbeiterverbandes Oesterreichs; die Festrede, die wir in der vorigen Nummer ihrem wesentlichen Inhalte nach wiedergaben, hielt Kollege Schiffer. Begrüßungsansprachen hielten noch der Kollege René Debruyne (Gent) für die belgischen, Kollege Verweld (Enschede) für die holländischen, Kollege Brielmaier (St. Gallen) für die schweizerischen und Colombo (Mailand) für die italienischen Delegierten.

Die eigentlichen Kongressverhandlungen nahmen am 29. Juli morgens 10 Uhr ihren Anfang. Die organisierten christlichen Fleischergesellen hatten dem Kongresse ihren Sitzungssaal bereitwillig zur Verfügung gestellt.

Kollege Schiffer-Düsseldorf, Vorsitzender der Internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen, eröffnete im Namen der geschäftsführenden Kommission der Vereinigung die Tagung. Er bittet die Delegierten, dafür zu sorgen, daß der Kongress, seiner Bedeutung gemäß, einen würdigen Verlauf nehme. Jeder möge mit Ernst an die Verhandlungen herangehen. Es möge das Bestreben aller Delegierten sein, die Diskussion auf der Höhe zu halten, damit der Kongress auch nach außen hin einen guten Eindruck mache.

Darauf erfolgte die Konstituierung des Kongresses. Es wurden für die einzelnen Tagungsabschnitte je zwei Präsidenten mit gleichen Rechten gewählt. Und zwar sollen am ersten halben Tage präsidieren die Kollegen Schiffer und Krikawa und den folgenden halben Tagen Kollege Debruyne (Gent) und Krikawa (Wien), Kollege Colombo (Mailand) und Debruyne, Kollege Colombo und Verweld (Enschede), Verweld und Sittenich (Düsseldorf).

Zur Geschäftsordnung wird bestimmt, daß die Bestimmungen wie auf früheren Kongressen nach Nationen erfolgen soll. Die Redezeit für die Referenten beträgt eine Stunde, für die Diskussionsredner 10 Minuten. Als Dolmetscher sind tätig für die französische Sprache die Kollegen Böling und Huising und für die holländische und flämische Kollege Heutmann.

Dann macht Kollege Schiffer Mitteilung bezügl. der Berichterstattung über die Kongressverhandlungen. Es seien an die Kommission der Internationalen Vereinigung Vertreter größerer Zeitungen der verschiedensten Länder herangetreten, um als Berichterstatter zugelassen zu werden. Durch frühere Erfahrungen gewizigt, habe jedoch die Kommission beschlossen, die Berichterstattung selbst in die Hand zu nehmen, damit nicht hinterher für unsere Bewegung die größten Schwierigkeiten entstanden. Als Berichterstatter sei nur ein Vertreter der Wiener „Reichspost“ zugelassen, im übrigen möchten die Delegierten die Berichterstattung für die ihnen befreundeten Zeitungen selbst besorgen. Der Kongress erklärt sich mit dem Vorgehen der Kommission einverstanden.

Kollege Spalowsky (Wien) begrüßt darauf den Kongress im Namen der christlichen Gewerkschaften Wiens und Niederösterreichs. Er dankt der Leitung unserer Internationalen Vereinigung dafür, daß sie Wien als Tagungsort für den Kongress gewählt hat. Er berührt dann die mannigfachen gemeinsamen Interessen, die die christlichen Berufsverbände der verschiedensten Länder untereinander zu pflegen haben und wünscht den Kongressverhandlungen besten Erfolg.

Kollege Knauer (Wien) begrüßt den Kongress im Namen der christlichen Fleischergesellen Wiens, die stolz darauf seien, daß in ihrem Saale der Kongress tagen könne.

Nach der kurzen Uebersicht, die der Vorsitzende des Kongresses, Kollege Schiffer gibt, sind in Wien vertreten:

Landesverband	Delegierte	Ortsgruppen	Mitglieder	Kassenbarmögen Franken
Deutschland	11	280	40 652	765 397,88
Oesterreich	14	148	10 032	51 571,80
Belgien	2	68	9 662	90 000,00
Holland	2	17	3 119	19 056,24
Schweiz	2	72	8 675	107 810,05
Italien	3	41	4 076	4 831,74
Insgesamt	34	626	76 216	1 088 697,21

Mehr gegenüber dem letzten Kongress in Mailand + 104 + 15 796 + 189 672,50

Die internationale Unterstützungskasse

wies auf dem Mailänder Kongress 1911 einen Bestand auf von 18 639 Franken. Zwischen betragen die Gesamteinnahmen 24 410 Franken, sodaß insgesamt 43 050 Franken einkamen. Die Ausgaben betragen 21 048 Franken, verbleibt ein Saldo von 22 002 Franken. Von den Ausgaben entfällt ein Drittel auf geschäftliche Unkosten und das Gehalt des Sekretärs, der Rest (14 000 Franken) wurde zu Unterstützungszwecken bei größeren Aussperrungen in Holland, Belgien und Oesterreich verwendet.

Den Rechenschaftsbericht über die Kassengebarung in den letzten zwei Jahren gab der Verwalter der internationalen Unterstützungskasse, Kollege Debruyne-Gent. Ihm wurde einstimmig Entlastung erteilt, nachdem die Kassenrevisoren, Weber-Nachen, Sonderechen-Appenzell und Amelink-Enschede Kasse und Belege geprüft und für richtig befunden hatten.

Es folgen die Berichte

des internationalen Sekretariats und der einzelnen Landesverbände.

Die Berichte liegen gedruckt vor und werden von den einzelnen Referenten meistens in kürzeren Ausführungen mündlich ergänzt. Wir verweisen auf das demnächst erscheinende gedruckte Protokoll und beschränken uns darauf, nur mit einigen Sätzen auf diesen Teil der Verhandlungen einzugehen. Der Bericht unseres internationalen Sekretärs, Herrn Huising, zeigt die vielfach verschlungenen Interessen der unserer internationalen Vereinigung angeschlossenen Landesverbände. Aus der vielseitigen Arbeit unseres internationalen Sekretärs seien hervorgehoben die Bemühungen, unserer Vereinigung eine weitere Ausbreitung zu verschaffen.

Neue internationale Verbindungen sind seitens des internationalen Sekretariats angeknüpft worden mit Frankreich und Spanien. In Frankreich (Bille und Umgebung) existiert bereits ein Kartell von Orts-Syndikaten christlich gesinnter, von der Sozialdemokratie „unabhängiger“ Textilarbeiter. Der Anschluß selbst ist jedoch bis heute nicht erfolgt, weil die Franzosen den Zeitpunkt des Anschlusses noch nicht für gekommen erachteten. Aus folgenden Gründen: Das Vorurteil der französischen Textilarbeiter gegen die zentralisierte christliche Gewerkschaft ist noch sehr groß. Ferner scheuen die französischen Kollegen das Prädikat „christlich“. Die Franzosen hängen sehr am Wort, und es sei zu befürchten, daß die Bezeichnung christlich sehr leicht Anlaß zu allerlei theoretischen Deuteleien und Mißverständnissen führe. Auf der letzten Sitzung unserer internationalen Kommission, an der Vertreter aus Frankreich teilnahmen, wurde über diesen Punkt eingehend gesprochen und der Charakter der christlichen Gewerkschaften in breiter Ausführlichkeit dargelegt, mit dem Erfolge, daß sich die französischen Vertreter zufrieden gaben und diesen Grund gegen den Beitritt zur internationalen Vereinigung fallen ließen. Es ist Aussicht vorhanden, daß wir unsere Schwesterorganisation in Frankreich recht bald als Mitglied unserer internationalen Vereinigung begrüßen können.

Aus Spanien kam eine ausführliche Darlegung über die christliche Textilarbeiterbewegung des Landes. Die Bewegung ist dort noch außerordentlich zersplittert. Zur Zeit ist das Sekretariat in Barcelona daran, eine Föderation

ration sämtlicher Textilarbeiterorganisationen des Landes, soweit sie auf christlicher Grundlage aufgebaut sind, zu gründen. Die Spanier stehen bereits mit dem internationalen Sekretariat, der christlichen Landesorganisationen in Köln in Verbindung. Der erste Schritt auf dem Wege der internationalen Verbindung ist also von Spanien aus getan worden. Von der spanischen Regierung ist eine Abordnung nach Deutschland und Belgien zur Untersuchung der sozialen und gewerkschaftlichen Verhältnisse der beiden Länder geschickt worden.

In den Berichten der einzelnen Landesverbände ist zwar die ungünstige Einwirkung der gewerblichen Krise auf die Entwicklung der Verbände zu bemerken, jedoch ist im allgemeinen ein Fortschritt zu konstatieren, der nicht bloß in den Mitgliederzahlen, sondern mehr noch in den inneren Verhältnissen der einzelnen Verbände zum Ausdruck kommt. Im Beitragswesen, den Unterstützungsanstalten, den Agitations- und Bildungsmitteln, der Organisationsform, namentlich aber auch in der Schulung und Disziplinierung der Mitglieder ist ein erfreulicher Fortschritt festzustellen.

Die ausführliche Debatte bewegte sich in der Hauptsache um die Frage des Mehrstuflsystems in den Werbereien. Zu diesem Gegenstande wurde beschlossen, daß die einzelnen Landesorganisationen im Laufe des nächsten Jahres ein ausführliches schriftliches Referat über die Verbreitung des Mehrstufl- und Northropstuflsystems in der Textilindustrie ihres Landes dem internationalen Sekretariat einzusenden haben. Das Sekretariat soll die Berichte verarbeiten und den einzelnen Landesverbänden zustellen. Dann soll sich der nächste internationale Kongreß ausführlicher mit diesem Gegenstande beschäftigen.

Der Kongreß beschloß ferner nach einer eingehenden Diskussion über die einschlägigen Vorgänge in Holland und Deutschland einstimmig folgende Resolution:

„Der sechste internationale Kongreß christlicher Textilarbeiterorganisationen sieht sich veranlaßt, jede aus konfessionellen oder parteipolitischen Gründen verlangte gewerkschaftliche Zerplitterung der christlich gesinnten Textilarbeiterorganisationen als ein tief bedauerliches Uebel zu bezeichnen. Die einheitlichen Organisationen der Textilindustriellen einerseits und die starke religionsfeindliche, politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie andererseits, erfordern eine geschlossene Phalanx der christlichen Textilarbeiter der einzelnen Länder in einheitlichen Organisationen. Jede Zerplitterung muß naturgemäß die Kraft, Widerstandsfähigkeit und das Ansehen der religions- und staatsstreuen Arbeiter beeinträchtigen — zum Vorteil der Feinde von Kirche und Staat.“

Der Kongreß ist ferner der Ueberzeugung, daß die berechtigten wirtschaftlichen Arbeiterinteressen nur durch möglichst starke und einheitliche Berufsverbände wirksam vertreten und gefördert werden können. Gerade die Organisationen des wirtschaftlich schwachen und abhängigen Arbeiterstandes dürfen nicht zur Ohnmacht im Erwerbsleben verurteilt werden. Der Kongreß vertritt endlich den Standpunkt, daß — unbeschadet der Berücksichtigung der in den einzelnen Ländern bestehenden besonderen Verhältnisse — ein solidarisches Vorgehen der christlichen Arbeiter in Berufsfragen durchaus möglich und grundsätzlich unanfechtbar ist.“

Berichterstattung und Debatte über die Verhältnisse in den einzelnen Ländern nahmen den ganzen ersten Tag in Anspruch. Am zweiten Tage konnte der Kongreß an die Abhandlung der Referate herantreten.

Ueber die prinzipielle Stellung der christlichen zu den sozialdemokratischen Textilarbeiterorganisationen

referierte Kollege Arilawa (Wien). In der Debatte kamen die Züricher Krawalle und der von den belgischen Sozialisten projektierte Generalstreik zur Sprache. Die wackere Haltung der christlichen Arbeiterchaft Zürichs und die energische Stellungnahme des jüngst in Mechelen abgehaltenen Kongresses der christlichen Gewerkschaften Belgiens fanden ungeteilte Anerkennung. Delegierte aus den verschiedenen Ländern fanden scharfe Worte gegen die politischen Streikpläne. Auch die Italiener berichteten von gleichen Androhungen eines Teiles der Sozialisten aus Anlaß des tripolitanischen Krieges.

Der Kongreß stimmte einstimmig folgender Resolution zu:

„Es muß wiederholt festgestellt werden, daß in allen vertretenen Ländern die sogenannten „freien“ Gewerkschaften vollständig im Fahrwasser der sozialdemokratischen Partei stehen; diese Organisationen betreiben ihren sozialdemokratischen Charakter öffentlich gar nicht mehr. Auch die sozialdemokratischen Textilarbeiterverbände haben durch ihre religionsfeindliche und ihre politische Einseitigkeit die Gründung selbständiger Berufsorganisationen für die nichtsozialistischen Textilarbeiter notwendig gemacht und die vorhandene Zerplitterung verschärft. In besonderen Einzelfällen ist ein tatsächliches Zusammengehen beider Richtungen behufs Erreichung eines bestimmten gewerkschaftlichen Zweckes zulässig; die große prinzipielle Kluft bleibt dabei bestehen.“

Der Kongreß erklärt sich im Hinblick auf bestimmte Vorgänge in einzelnen Ländern (Schweiz, Italien, Belgien) unter allen Umständen gegen Streiks, die aus politischen Motiven inszeniert werden; solidarisch mit den christlichen Gewerkschaften Belgiens protestieren die Vertreter der christlich organisierten Textilarbeiter gegen den von den belgischen Sozialisten angeführten Generalstreik. Der Kongreß fordert die nichtsozialistischen Arbeiter Belgiens auf, den Direktoren der christlichen Arbeiterführer Folge zu leisten und gegen das radikal-revolutionäre Bestreben der Sozialdemokratie mit der größten Energie Front zu machen. An die Führer und Mitglieder der christlichen Textilarbeiterverbände sei der Appell gerichtet, im Sinne dieser Resolution zu wirken und ihre Ideale mit Mut und Entschiedenheit zu verteidigen.“

Der zweite grundsätzliche Vortrag über die Stellung der christlichen Textilarbeiterverbände zu ihrer Zukunft und den Arbeitgebern

wurde vom Vorsitzenden unseres Verbandes, Kollegen Schäfer (Düsseldorf), gehalten. Er führte u. a. aus: Große

Arbeitgeberkreise beurteilen uns blindlings ohne nähere Prüfung; sie halten auch die christlichen Arbeiterorganisationen für „gefährlich“; sie wollen eine vollständig abhängige, durchaus gefügige Arbeiterchaft und erblicken das Ideal in den „Selben“. Andererseits wirft die Sozialdemokratie den christlichen Gewerkschaftsverbänden „Arbeiterverrat“ und „Unternehmerfreundlichkeit“ vor. Beide Extreme übertreiben; die christlichen Textilarbeiterorganisationen sind von einseitiger Klassenvertretung und von übertriebenem Radikalismus frei; sie stellen nicht gedankenlos Forderungen auf, ohne Rücksichtnahme auf die Leistungs- und Tragfähigkeit ihrer Industrie. Nur wenn die Industrie prosperiert und sich rentiert, kann und soll sie wirklich gute Arbeits- und Lohnbedingungen gewähren. Hier liegt zweifellos der Hauptpunkt der Gemeinsamkeit mancher Interessen von Industrie und Arbeiterchaft. Sofern solche, die Gesamt- und Gemeinheitsinteressen der Industrie berührende Fragen auf dem Spiele stehen, werden die Textilindustriellen die christlich organisierte Textilarbeiterchaft an ihrer Seite finden. Zu diesen Fragen gehören: die Rohstoffbeschaffung, die Absatzmöglichkeiten, Verhältnisse des Inland- und Weltmarktes, Ausfuhr- und Handelspolitik, Preisverhältnisse, Eindämmung der Schmutzkonturen, technischer Fortschritt.

Die Erziehungsarbeit der Arbeiterverbände führe zu einer objektiven Würdigung der Stellung des Arbeitgebers durch die Mitglieder, sie stärke deren Verantwortungsgefühl, sie fördere ihre wirtschaftliche Weiterbildung, den Unternehmerverbänden gegenüber sei eine loyale Stellung einzunehmen. Die Waffe des Streiks könnten die Arbeiter allerdings nicht aus der Hand geben; allein, sie bilde grundsätzlich das letzte Mittel als Notwehrkraft. Zur Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens gehörten aber zwei Faktoren: Arbeiter und Arbeitgeber. Beide müssen wollen: verhandeln, sich verständigen. Gegen die „Selben“ sei zu protestieren! Die Industrie brauche überall tüchtige, pflichtbewusste Arbeiter, die sich freiwillig und aus Ueberzeugung der notwendigen Ordnung fügen. Zum Schluß stellte der Referent die Frage: Wo sind die Arbeitgeber, wo die Unternehmerverbände, die den christlichen Arbeiterfachverbänden eine gleich objektive Beurteilung und Würdigung zuteil werden lassen?

Die Kongreß erklärte sich unter starkem Beifall mit dem Redner einverstanden und stimmte einstimmig einer Resolution zu, welche lautete:

„Die auf dem Kongreß vertretenen christlichen Textilarbeiterverbände erkennen grundsätzlich neben den Interessen gegenüber eine weitgehende Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeiterchaft auf dem Gebiete der Industrie an. Durch ihre Schulungs- und Erziehungsarbeit fördern sie das Verständnis ihrer Mitglieder für die moderne Volkswirtschaft und die Bedürfnisse ihrer Industrie, für die Stellung der Unternehmer im Wirtschaftsleben; sie sind stets bereit, die Interessen ihrer Industrie auf den verschiedensten Gebieten mit wahrzunehmen, den sozialen Frieden in der Industrie möglichst zu erhalten. Die Verbände fordern jedoch auch Gerechtigkeit, Entgegenkommen und soziales Verständnis von den Arbeitgebern, sie beanspruchen das Recht, berechtigten Berufsarbeiterinteressen zu vertreten; sie können auf den wirtschaftlichen Kampf als letztes Mittel nicht verzichten.“

Der Kongreß ist der Ansicht, daß die wohlverstandenen Interessen der Textilindustrie sowohl durch radikal-sozialistische als auch durch sogenannte „gelbe“ Arbeiterorganisationen beeinträchtigt werden; die Industrie braucht tüchtige, geschulte Arbeiter, die freiwillig und aus Ueberzeugung ihre Pflicht tun und ihre Rechte in loyaler Weise wahrnehmen. Der Kongreß tritt grundsätzlich und praktisch für eine objektive Beurteilung der Industriebedürfnisse und der Stellung der Arbeitgeber ein, erwartet jedoch eine gleich sachliche Würdigung der Bestrebungen der christlichen Textilarbeiterorganisationen.“

Ueber das Thema: „Wie kommen wir zu einem besseren Berufsschutz in der Textilindustrie?“

referierte Kollege Fischer (Düsseldorf). Nach einer gründlichen Aussprache wurde folgende Resolution, die die Hauptgedanken des Referats wiedergibt, einstimmig angenommen:

Der internationale Kongreß christlicher Textilarbeiterorganisationen zu Wien macht es den internationalen Vereinigungen angeschlossenen Landesorganisationen, wie auch dem internationalen Sekretariat erneut zur Pflicht, der Frage des Berufsschutzes anbauend die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Als Mittel zur Förderung des weiteren Ausbaues des letzteren empfiehlt der Kongreß:

1. Eine stärkere Interessierung der Textilarbeiterchaft für die Frage des Berufsschutzes. Diese wird erzielt:
 - a) durch die Einführung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in das Wesen und die Bedeutung des Berufsschutzes im Fortbildungsschulunterricht;
 - b) durch eine von den Krankenkassen, den konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Jugendvereinen, wie vor allem auch von den christlichen Textilarbeiterorganisationen zu leistende Aufklärungs- und Erziehungsarbeit.
2. Die Feststellungen von Ueberzetzungen der Arbeiterschaftsorgane und die Sammlung von Material über die Notwendigkeit einer Erweiterung des Berufsschutzes in der Textilindustrie. Um diese unbedingt nötigen Unterlagen zu weiteren Vorgehen zu erhalten, empfiehlt sich:
 - a) die Einführung von speziellen Kommissionen in den Ortsgruppen zwecks Entgegennahme und Prüfung von Beschwerden der Arbeiter;
 - b) die Erörterung und Feststellung der in einzelnen Betrieben und Branchen vorhandenen gesundheitlichen und sittlichen Gefahren auf Branchensammlungen und Konferenzen;
 - c) die Sammlung und Vorbereitung des einschlägigen Materials seitens der einzelnen Organisationsleitungen und Uebermittlung desselben an das internationale Sekretariat;
 - d) eine systematische Zusammenstellung des so gewonnenen Materials wie auch der in den einzelnen Ländern für die Textilindustrie geltenden gesetzlichen Schutzvorschriften durch das internationale Sekretariat und Uebermittlung dieses Materials an die angeschlossenen Landesorganisationen;
 - e) die kritische Erfassung der in der Textilindustrie auftretenden Krankheitsarten, der Krankheitsgefährdung und der Todesursache bei Sterbefällen durch die Krankenkassen und Gewerkschaften und Ausbarmachung dieses Materials für die Gewerbehygiene.
3. Die praktische Bewertung des gesammelten Materials. Diese hat hauptsächlich zu erfolgen:

- a) durch Vorschläge und Anregungen, die von den Arbeiterauschussmitgliedern und Krankenkassenvorstandsmitgliedern direkt den einzelnen Betriebsleitungen unterbreitet werden;
- b) durch Inanspruchnahme der Gewerbeinspektion; neben dem Gewerkschaftsbeamten sind vor allem speziell hierfür ernannte Vertrauenspersonen für den Verkehr mit der Gewerbeinspektion geeignet;
- c) durch Petitionen und Anträge, die die Gewerkschaften selbst an die Behörden und gesetzgebenden Körperschaften richten und deren Durchführung sie durch Orientierung und Beeinflussung der ihnen günstig gesinnten Abgeordneten zu fördern suchen.

Der Kongreß erwartet, daß die einzelnen Landesorganisationen und das internationale Sekretariat diesen Richtlinien entsprechend handeln und die gesammelten Erfahrungen und erzielten Resultate in dem zu schaffenden internationalen Organ bekannt geben werden, um so zu weiterer Arbeit auf dem Gebiete anzuspornen.

Bezüglich der Frauen- und Kinderarbeit in der Textilindustrie

hatte Kollege Jidor de Greve-Gent (Belgien) in seinem Referat eine Fülle von Material gesammelt. Da die Frage bereits 1903 in Entschide behandelt war, nahm der Kongreß auf die damaligen Beschlüsse Bezug. Im übrigen erwartet er von der Gesetzgebung der einzelnen Länder bezüglich der Frauen- und Kinderarbeit durchgreifende Maßnahmen, namentlich auch einen besseren Mutterchaftsschutz usw. im Sinne der von der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz empfohlenen Maßnahmen. Die Resolution hierzu hat folgenden Wortlaut:

„Der sechste internationale Kongreß christlicher Textilarbeiterorganisationen, abgehalten zu Wien vom 28.—31. Juli 1912, stellt sich erneut auf den Boden der Beschlüsse der internationalen Konferenz in Entschide 1903 und fordert im Sinne der Beschlüsse der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz von der Gesetzgebung aller Länder einen ausreichenden Schutz für die in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren, ganz besonders ein Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.“

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Konferenz von Entschide stellt es der Kongreß als erstrebenswertes Ziel hin, die Fabrikarbeit für verheiratete Frauen nach Möglichkeit zu beseitigen. Er verlangt von der Gesetzgebung der einzelnen Länder durchgreifende Maßnahmen zum Schutze der Mutterchaft und eines gesunden Familienlebens der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.“

Die Ausländerfrage

(Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Textilindustrie) behandelt. Die Referenten: Brielmeyer (Schweiz) und Colombo (Italien), besprachen in der Hauptsache die italienische Einwanderung in die Schweiz, Oesterreich und Deutschland; es handelt sich fast ausschließlich um Arbeiterinnen, die in der Textilindustrie der genannten Länder Beschäftigung finden. Diese Einwanderung ist nur zum Teil in etwa organisiert, im übrigen planlos. Es ist klar, daß diese Arbeiter infolge ihrer Mittellosigkeit und ihrer Unkenntnis der Verhältnisse des fremden Landes oft zu Lohnrückern werden. Der Kongreß nahm Stellung zu der Frage durch folgende Entschlieung:

„Der sechste internationale Kongreß christlicher Textilarbeiterorganisationen konstatiert, daß durch die Heranziehung fremdländischer Arbeiter und Arbeiterinnen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie einzelner Länder ungünstig beeinflusst, resp. deren Verbesserung erheblich erschwert wird. Um den in der Beziehung zutage tretenden Schäden in etwa abzuwehren, empfiehlt der Kongreß:

1. Jene der internationalen Vereinigung angeschlossenen Organisationen, die mit fremdländischen Arbeitern zu rechnen haben, geben der Organisation des Heimatlandes der Emigrierten an, für welche Orte Emigranten angeworben sind. Sie erstatten weiter einen ausführlichen Bericht über die an diesen Orten bestehenden Lohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse.
2. Die Organisation des Heimatlandes der Emigranten hat unter diesen bereits in ihren Heimatorten unter Berücksichtigung obiger Angaben ausfindig zu machen, sie für die heimische Organisation zu gewinnen und im Falle der Auswanderung zum Beitritt zu der für sie in Betracht kommenden christlichen Berufsorganisation anzuhalten.
3. Die an der Emigrantenfrage interessierten Landesorganisationen müssen bestrebt sein, die Arbeitsvermittlung zu beeinflussen. Das kann geschehen durch Schaffung eigener Arbeitsnachweise. Dadurch soll erzielt werden, daß den Emigranten nur Arbeit zu den orts-, resp. landesüblichen Bedingungen verschafft wird.
4. Es ist weiter nötig, den Organisationen der Auswanderungsländer, wie auch den Auswanderungsbüros über die in den Einwanderungsorten bestehenden Lohnbewegungen und Streiks Bericht zu erstatten und sie zu veranlassen, die Entsendung von fremden Arbeitsträften nach solchen Orten für die Dauer der Differenzen zu unterbinden.
5. Endlich ist auch die Verpflanzung tüchtiger, bereits organisierter Landsleute der Emigranten nach deren Arbeitsorten zur Erleichterung der Agitation unter den letzteren sehr zu empfehlen.

Der Kongreß spricht die Erwartung aus, daß die an der Emigrantenfrage interessierten Verbände diesen Leitfaden entsprechend verfahren und dem internationalen Sekretariat zum nächsten Kongreß die gemachten Erfahrungen übermitteln werden.

Damit waren die Referate des Kongresses erledigt. Es folgte nun die

Beratung der eingegangenen Anträge.

Es lag dem Kongresse ein Antrag vom deutschen Verbande vor auf Einführung eines internationalen Korrespondenzblattes, wodurch eine lebendigere Fühlungnahme und eine bessere gegenseitige Aufklärung und Interessensförderung ermöglicht werden soll.

Der Kongreß beschloß, ein Korrespondenzblatt herauszugeben, das vorläufig in holländischer und deutscher Sprache in zwangloser Reihenfolge nach Bedürfnis erscheinen soll. Die Redaktion wird dem internationalen Sekretär übertragen. Die einzelnen Landesorganisationen

sind verpflichtet, alle unsere internationale Vereinigung interessierenden Angelegenheiten dem internationalen Sekretariat für die Redaktion des Korrespondenzblattes einzufenden.

Der bestehende internationale Partellvertrag wurde erneuert.

Herr Ruising wurde als internationaler Sekretär einstimmig wiedergewählt. Für die sehr umfangreichen Vorarbeiten zum Kongress erhielt unser internationaler Sekretär bisher eine besondere Vergütung.

Um eine schnellere Abwicklung der Kongressgeschäfte zu ermöglichen, wurde beschlossen, daß sämtliche Resolutionen und Anträge, die auf dem Kongress zur Verhandlung kommen sollen, so frühzeitig dem internationalen Sekretariat einzufenden sind, daß sie in den Vorständen der einzelnen Landesorganisationen vorher durchberaten werden können.

Um auch den kleineren Verbänden eine gute Beschickung des Kongresses zu ermöglichen und sie andererseits nicht allzusehr zu belasten, wird beschlossen, daß die Delegationskosten der Mitglieder der internationalen Kommission von der internationalen Kasse getragen werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die betreffenden Landesverbände außer dem Mitgliede der Kommission noch mindestens einen Delegierten auf ihre Kosten zum Kongresse entsenden.

Damit war der Kongress am Schlusse seiner Verhandlungen angelangt. In seinem

Schlusswort

gedachte Kollege Schiffer zunächst in warmen Worten des verstorbenen Kardinals und Erzbischofs Fischer von Köln. Er hob die großen Verdienste hervor, die der hohe Herr für die Sache der christlichen Gewerkschaftsbewegung erworben habe.

Dann warf Kollege Schiffer einen kurzen Rückblick auf die Verhandlungen des Kongresses. Im allgemeinen könne man mit Genugtuung auf die Tagung zurückblicken. Es sei seit dem Mailänder Kongress 1910 ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen.

Nachdem noch Kollege Spalowsky dem Kollegen Schiffer erwidert und allen Delegierten ein herzliches Lebewohl, auf Wiedersehen, zugerufen hatte, schloß Kollege Schiffer mit einem dreifachen Hoch auf unsere internationale Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen den VI. internationalen Kongress.

Empfang im Rathaus.

Nach Schluß des Kongresses wurden die Delegierten nachmittags im Rathaus namens der Gemeinde vom geschäftsführenden Vizebürgermeister Dr. Porzer begrüßt. Der Feierlichkeit wohnten auch Vizebürgermeister Hierhammer, Gemeinderat Kunschak und Präsidialsekretär Wöttger bei.

Am andern Tage folgte in einem von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Salonwagen eine mehrstündige Rundfahrt durch die Stadt.

Das unerreichbar hoch das Vorbild alles Guten Und Schönen ob dir steht, das sollte dich entmuten? Entmuten sollt es dich, ihm nachzustreben! Es steht so hoch, um dich stets höher zu erheben.

Rädert.

Eine komplizierte Lohnberechnungsmethode,

die für sich allein betrachtet schon beinahe eine ganze Wissenschaft darstellt, besteht schon seit Großvaterszeiten für die Weberarbeiter und -arbeiterinnen der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Bamberg.

Unsern Kollegen und Kolleginnen wird nicht nur allein die Kompliziertheit der weiter unten folgenden Lohnberechnungen auffallen, sondern vor allen Dingen auch das in der Bamberger Spinnerei und Weberei von der Firma schon vor Jahren eingeführte Prämienystem, das im Interesse der Arbeiter je eher desto besser von der Wildschäpe verschwinden müßte.

Von einem großen Teile der Weber werden drei Stühle bedient. Darum wollen wir auch einmal an einem willkürlich genommenen Beispiele zeigen, wie der Lohn eines Dreistuhlwebers zu berechnen ist.

Die Berechnung des Lohnes für die einzelnen Stücke erfolgt nach der Länge der Stücke, d. h. nach Metern. Es werden nun nicht, wie man annehmen könnte, die Löhne der auf den drei Stühlen hergestellten Stücke zusammengerechnet, sondern zunächst nur die Löhne der auf den beiden ersten Stühlen gewebten Waren.

Table with 6 columns: Verdienst, Stückstrafe, Netto-Verdienst, Antreiber-Prämie, Total-Verdienst, für 12 Arbeitstage. It shows calculations for a worker with a net wage of 16.97 and a premium of 7.08, resulting in a total wage of 24.05 for 12 days.

(Die Bezeichnung Antreiber-Prämie ist von uns willkürlich zur besseren Unterscheidung von den übrigen Prämien und Zulagen beliebt worden. D. B.)

Wir wollen, um die Berechnung verständlicher zu machen, noch folgendes anführen. Der Dreistuhlweber hat nach vorstehender Berechnungstabelle auf dem ersten Stuhl M. 7,56, auf dem zweiten Stuhle M. 8,60 verdient, macht zusammen 16,16 M.

Prämien-Tabelle.

Table with 4 columns: für 8 Arbeitstage, für 9 Arbeitstage, für 10 Arbeitstage, für 11 Arbeitstage. It lists wage ranges for different numbers of days worked, such as 'bei 7,20-1,16' for 8 days.

(Seit Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit wird den Weberarbeitern die Prämie für 12 Arbeitstage berechnet, nach vorstehender Tabelle für 11 Arbeitstage.)

Die Prämie verdient mit vollem Rechte, eine Antreiber-Prämie genannt zu werden, denn, wie ein Blick auf die Tabelle zeigt, steigt die Prämie immer höher, je größer auch das Netto-Verdienst des Webers wird.

Bei einem Lohn von 18 M. u. bei fehlerfr. Ware 1 M. Prämie ... 24 ... 30 ... 2 ... 3 ...

Unser Dreistuhlweber erhält demnach jetzt 26,05 M. Dann noch die zehnpromzentige Teuerungszulage sowie die drei Prozent für glatte Ware macht M. 3,38, in Summa 29,43 M.

Table with 6 columns: Verdienst, Stückstrafe, Netto-Verdienst, Antreiber-Prämie, Total-Verdienst, für 12 Arbeitstage. It shows a calculation for a worker with a net wage of 16.97 and a premium of 7.08, resulting in a total wage of 24.05 for 12 days.

Aus vorstehender Berechnung können wir ersehen, daß wegen der Stückstrafen nicht nur allein das Netto-Verdienst des Webers kleiner geworden ist, sondern auch die Antreiber-Prämie und daß die Extra-Prämie von zwei Mark ganz in Wegfall kommt.

Zum Schluß wollen wir nochmals hervorheben, daß die von uns nur als Beispiele oben angeführten Lohnberechnungen auch in Wirklichkeit sehr oft bei jedem Arbeitstage durch die Fabrikangestellten erfolgen müssen.

Manchmal sind die Berechnungen sogar noch viel komplizierter. Dieses ist sehr häufig der Fall und immer dann, wenn z. B. dem Weber nicht nur allein eine Stückstrafe zubilligt wird, sondern wenn er auch noch Ausschuß-Schussgarn verarbeiten muß.

„Die Weber in der Bamberger Spinnerei und Weberei haben ja bald überhaupt keine Löhne mehr, sondern erhalten ja in der Hauptsache nur mehr Prozente, Zulagen und Prämien. Die Arbeiter sollen sich doch, damit man ihnen ein Mitbestimmungsrecht einräumt und sie dann auch etwas zu sagen haben bei der Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen, sich endlich einmal in größerer Anzahl gewerkschaftlich organisieren.“

Allgemeine Rundschau.

Ein deutscher Weinberg-, Wald- und Landarbeiterbund ist nach längerem diesbezüglichen Vorarbeiten in einer Versammlung in Bingen am 4. August gegründet worden. Die neue, dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angegliederte Organisation ist aus der Winzerbewegung in den südwestdeutschen Weinbaugebieten hervorgegangen. In diesem Beruf hat sich in letzter Zeit eine starke Bewegung zwecks Verbesserung der Arbeitsverhältnisse geltend gemacht, die gelegentlich schon zu wilden Streiks und sonstigen Mißständen geführt hat. Die Lage der Weinbergarbeiter wurde von der Sozialdemokratie zu einer radikalen Agitation benutzt, sodaß alles zur Entscheidung drängte. Die weiterblickenden Kreise der in ihrer großen Mehrzahl christlich-national gesinnten Winzer kamen zu der Ueberzeugung, daß der Drang zur Organisation in geordnete Bahnen geleitet werden mußte und daß keine Zeit mehr zu verlieren sei. Ferner war man sich einig, daß für die Weinbergarbeiter allein keine einflussreiche, leistungsfähige Organisation geschaffen werden könne, vielmehr müßten die nahe verwandten Gruppen der Wald- und Landarbeiter in die neue Organisation einbezogen werden. Nicht zu empfehlen sei es jedoch, diese Arbeiterkategorien mit gewerblichen und industriellen Arbeitergruppen zu vermengen. So mußte eine neue Organisation geschaffen werden, die unter Mitwirkung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nennenswert ins Leben getreten ist. Den Grundstock bilden eine Anzahl Winzer-Lokalvereine, die sich sofort angegeschlossen haben. Der Zweck des deutschen Weinberg-, Wald- und Landarbeiterbundes ist gemäß § 2 der beschlossenen Satzungen:

Förderung des Gemeinnes, Hebung des Standesbewußtseins und der Berufstüchtigkeit, Wahrung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen seiner Mitglieder. Der Bund sucht seinen Zweck zu erreichen durch:

- a) Herausgabe einer Bundeszeitung und befehrender Flugchriften, Veranstaltung von Vorträgen in Versammlungen, Konferenzen und Kurien unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Fortbildung;
- b) Klarstellung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse mittels Erhebungen, Uebermittlung von Eingaben und Anträgen an die Gesetzgebung, Behörden und andere in Frage kommenden Stellen;
- c) Beratung beim Abschluß von Dienst- und Arbeitsverträgen, Vereinbarung allgemein gültiger Vertragsgrundsätze, Förderung günstiger Lohnmethoden und Abstellung von Mißständen;
- d) Förderung der ländlichen Wohlfahrt, insbesondere der Anpflanzung, des Gesundheits- und Wohnungswesens, der Hauswirtschaft und Kleinviehzucht;
- e) Errichtung von Arbeitsvermittlungstellen und Mitwirkung bei deren Verwaltung;
- f) Erteilung unentgeltlicher Rechtsauskunft in allen wirtschaftlichen und den Dienst- und Arbeitsvertrag berührenden Angelegenheiten; Gewährung von unentgeltlichem Rechtsschutz in den aus der gesetzlichen Arbeiterversicherung entstehenden Streitfragen; Vertretung vor den Oberversicherungsämtern und dem Reichsversicherungsamt in Berlin;
- g) Mitwirkung bei den Wahlen der Arbeitervertreter in die Vorstände, Ausschüsse, Ämter und andere Wahlkörper, die auf Grund der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Reichsversicherungsordnung, errichtet sind;
- h) Gewährung von Unterstützungen bei Sterbefällen, Krankheit und Maßregelungen.

Ueber den Charakter der Organisation sagt § 3: Der Bund ruht auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Im übrigen läßt er seinen Mitgliedern Bewegungsfreiheit im politischen Leben. Er achtet in seiner Praxis die religiös-sittliche Ueberzeugung seiner Mitglieder. Religiöse und parteipolitische Aufgaben stellt sich der Bund nicht.

Zum Vorsitzenden der neuen Organisation wurde Herr August Ederz, Nierstein (Rheinheffen) gewählt. Die Geschäftsstelle befindet sich vorläufig in Köln, Eintrachtstraße 147. Alle Anhänger und Freunde der christlich-nationalen Arbeiterbewegung werden die Neugründung begrüßen und tatkräftig unterstützen.

Sozialdemokratische Verleumdungen. Durch eine sozialdemokratische Presse ging dieser Tage eine Notiz, welche in gehässiger und verleumderischer Weise von dem „durchgebrannten“ christlichen Gewerkschaftssekretär Koven in Düsseldorf, der in der dortigen Halbwelt unter dem Spitznamen „Schlüsselwilly“ bekannt sei und ein Kassenbeleg von 2300—2500 Mark hinterlassen habe, redet. Auch soll Koven vom Schjii aus an zwei seiner christlichen Freunde geschrieben haben, daß man über ihn nur den Mund halten solle, sonst käme noch etwas ganz anderes heraus.

Tatsache ist lediglich, daß Koven Anfang Juni plötzlich seine Stellung und seine Familie verließ und sich vermittels nach Amerika wandte. Von Rotterdam aus schrieb er seiner Frau einen Brief, in dem er sich mit Selbstvorwürfen überhäufte, um Verzeihung bat und sein Familiengeschick beklagte. Jemandem solche Drohungen gegenüber anderen — von denen die sozialdemokratische Presse verleumderisch faßelt — enthält der Brief nicht. Auch ist es eine Unwahrheit, daß irgendwelche weitere Mitteilungen von ihm in christlichen Gewerkschaftskreisen angekommen oder bekannt sind.

Die weitere Behauptung, daß Koven ein großes Kassenbeleg hinterlassen habe, ist ebenfalls eine haltlose, aus der Luft gegriffene Verleumdung. Er hat früher allerdings die Kasse des christlichen Ge-

werkschaftsstellens eine Zeitlang verwaltet, dieselbe später jedoch in voller Ordnung seinem Nachfolger abgeliefert. Die Kasse ist auf Heller und Pfennig in ordnungsmäßigem Zustande. Endlich muß auch die gehässige Behauptung, Koven habe in der Halbwelt verkehrt und sei dort sogar unter einem Spitznamen bekannt, zurückgewiesen werden. In den Kreisen der christlichen Arbeiter Düsseldorfs ist jedenfalls von einem derartigen unerlaubten Verkehr des früheren Kartellbeamten nichts bekannt.

Wenn man in bezug auf diesen Punkt der Verleumdernotiz einen Schluß ziehen darf, dann ist es der, daß die Verfasser derselben anscheinend Beziehungen zur Halbwelt haben, die sie in unverfrorener und verleumderischer Weise ausnützen.

Der Jahresbericht des Graphischen Zentralverbandes für das Jahr 1911, der soeben erschienen ist, bezeugt, daß auch die kleineren Verbände, die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen sind, sich wacker durchkämpfen.

Trotz der gewaltigen Uebermacht der sozialdemokratischen Verbände im graphischen Gewerbe konnte er eine Mitgliederzunahme von 210 buchen. Das Verbandsvermögen stieg auf 24177 Mark (im Vorjahre betrug es 20655 M.), obwohl für Streiks und Lohnbewegungen rund 6608 Mark, für Krankenunterstützungen 6302 Mark und für Reise- und Arbeitslosenunterstützungen 2516 Mark aufgewendet werden mußten. Auch ein zweiter Beamter wurde am 1. Oktober 1911 angestellt.

Die Mitgliederbeiträge stiegen von 24727 Mark auf 32617 Mark. 699 Mitglieder waren an Lohnbewegungen beteiligt. 633 Mitglieder erreichten eine durchschnittliche Lohnerhöhung von insgesamt 1037 Mark pro Woche und 53944 Mark pro Jahr. 340 Mitglieder erzielten eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von je einer halben Stunde, 71 Mitglieder eine solche von je 6 Stunden und 85 Mitglieder eine solche von je 4 Stunden. Zusammen 936 Stunden pro Woche oder 48672 Stunden pro Jahr. Der Verband ist gegenwärtig an 32 Tarifverträgen kontrahiert.

Da gerade in den graphischen Gewerben die Monopolisierungsegefahr sehr groß ist, (Im Chemigraphentarif ist schon eine derartige Bestimmung, so daß jeder Chemigraph, wenn er Arbeit bekommen will, dem sozialdemokratischen Verband angehören muß) ist zu wünschen, daß gerade der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angegliederte Graphische Zentralverband allseitige Unterstützung finde und weitere Erfolge erziele.

Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter hat für 1911 über ein sehr bewegtes Jahr zu berichten. Im Jahresdurchschnitt zählte er 7857 Mitglieder gegen 6801 in 1910, darunter 3395 (2718) weibliche. Das ist ein Mehr von 379 männlichen und 677 weiblichen Mitgliedern. Am Schlusse des Jahres waren 7989 Mitglieder vorhanden.

Der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1911 17966 Mark. An Unterstützungen wurden u. a. bezahlt: Krankengeld 8851 Mark, Reise- und Arbeitslosenunterstützung 16344 Mark, Streik- und Maßregelungsunterstützung 242268 Mark. Die hohe Summe der letzteren Unterstützung hat ihren Grund in den Aussperrungen, die der Verband im vergangenen Jahre in Rheinland und Westfalen zu bestehen hatte.

Die Erfolge dieser Kämpfe waren für die Arbeiter verhältnismäßig gute, besonders für Westfalen. Insgesamt war der Verband im Berichtsjahre an 56 Lohnbewegungen beteiligt, von denen 8 zu Streiks und Aussperrungen führten. Die große Zahl der auf friedlichem Wege erzielten Bewegungen zeigt, wie sehr der Verband bestrebt war, nur im äußersten Notfalle zur Waffe des Streiks zu greifen. An den Lohnbewegungen waren 1456, an den Aussperrungen 2710 Mitglieder beteiligt. An direkten materiellen Erfolgen sind erreicht worden für 977 Mitglieder Lohnerhöhungen von 0,20 bis 2,75 Mark in der Woche und für 33 Mitglieder eine Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden wöchentlich. Dazu kommen eine Reihe sonstiger Verbesserungen im Arbeitsverhältnis, Abwehr von Verschlechterungen usw. Auch sind in obigen Zahlen die Erfolge der großen westfälischen Aussperrung nicht enthalten, weil diese erst im Jahre 1912 beendet wurde. Der christliche Tabakarbeiterverband steht auf durchaus solider Grundlage und hat sich als tatkräftige Interessenvertretung aller Tabakarbeiter und Arbeiterinnen bewährt.

Die gewerbliche Kinderarbeit hat auch im Jahre 1911 in Preußen wieder an Umfang zugenommen. Nach den vorliegenden Jahresberichten der kgl. preussischen Regierungs- und Gewerbebehörden wurden in den der Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern und in den diesen gleichgestellten Betrieben 2921 Kinder unter 14 Jahren 1900 Knaben, 1021 Mädchen beschäftigt; das sind 172 mehr als im Vorjahre. Die meisten Kinderarbeiter beansprucht die Textilindustrie, nämlich 849; es folgen weiter mit mehr als 100 beschäftigten Kindern die Industrie der Steine und Erden (291), die Metallindustrie (529), die Papierindustrie (107), die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe (129), die Industrie der Nahrungsmittel und Genussmittel (260), die Industrie der Maschinen und Apparate (238), das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe (240), das polygraphische Gewerbe (116). Von besonders bemerkenswerten Beschäftigungsarten seien hervorgehoben: in Steinbrüchen 12, in Ziegeleien 121, in Anlagen zur Verarbeitung von Faserstoffen, Tierhaaren, Abfällen und Lumpen 289, in Anlagen zur Anfertigung von Zigarren 148. Von den Regierungsbezirken steht an erster Stelle der Bezirk Düsseldorf mit 721 Kindern; hohe Ziffern

weisen noch auf die Bezirke Arnberg (245), Wiesbaden (235), Münster (204), Köln (185), Kassel (173), Aachen (163), Merseburg (116), Erfurt (104). In zahlreichen Fällen wurden die erlassenen Schutzbestimmungen nicht beachtet; es wurden 470 Fälle von Zuwiderhandlungen ermittelt, wovon 715 Personen betroffen wurden.

Diese Zahlen geben aber bei weitem nicht den ganzen Umfang der gewerblichen Kinderarbeit an. Von ihrer ganzen Ausdehnung erhält man erst einen Begriff aus den Angaben der Gewerbeaufsichtsbeamten über die Durchführung des Kinderschutzgesetzes. Uebereinstimmend wird konstatiert, daß von einer wirklichen Durchführung noch nicht gut die Rede sein kann. Zwar haben sich im letzten Jahre die Verhältnisse schon etwas gebessert, da durch einen Erlass des Kultusministers die Schulen verpflichtet sind, Klassenverzeichnisse der gewerblich beschäftigten Kinder anzulegen und zweimal im Jahre den Gewerbeinspektoren einzureichen. Aus diesen Schullisten hat sich ergeben, daß überall erheblich mehr Kinder gewerblich tätig sind, als bisher angenommen wurde, und daß die Zahl der Uebertretungen außerordentlich groß ist. Es würde zu weit führen, auf alle Verfehlungen einzugehen. Nur einige grobe Verstöße seien genannt. Im Regierungsbezirk Königsberg wurden Kinder bei der Torfgräberei beschäftigt. Im Regierungsbezirk Potsdam waren 2212 fremde Kinder gewerblich tätig. Von ihnen hatten 657 keine Arbeitskarte, 819 waren hinsichtlich der Lage und Dauer ihrer Arbeitszeit ungesetzmäßig beschäftigt, 408 Kinder hatten noch nicht das vorgeschriebene Mindestalter erreicht, und 54 waren in Betrieben tätig, in denen dies überhaupt verboten ist. Aus dem Regierungsbezirk Oppeln kommt die Klage, daß das Kinderschutzgesetz leider keine Handhabe bietet, um in den Grenzbezirken der Beschäftigung von Kindern jenseits der Grenze entgegenzutreten. Alljährlich gehen in den Sommerferien Kinder nach Oesterreich, um auf Bauten täglich 10 Stunden zu helfen. Im Bezirk Arnberg ließ der Besitzer einer Kleinseifenfabrik ein schulpflichtiges Mädchen wiederholt von 1 bis 7 Uhr kleine Müttern bohren. In der Drahtwaren-Heimindustrie in den Eisfeldern werden Kinder schon vom 6. Lebensjahre an beschäftigt. Besonders bedauerenswert sind die Kinder dann, wenn sie durch gesetzwidrige Beschäftigung an ihrer Gesundheit geschädigt werden. In den Ferien wurden im Bezirk Wiesbaden von einer Ziegelei gar Schulkinder gegen einen geringen Stundenlohn bei der Befrachtung eines Schiffes mit Ziegelsteinen beschäftigt. Die Arbeit war so schwer, daß ein elfjähriger Knabe vor Erschöpfung zusammenbrach. In einer Ziegelei in Osthessen hatte ein zwölfjähriger Junge mit einem Holzspaten den Lehm an die unverdeckten Walzen zu bräuen. Dabei wurde die rechte Hand von den Walzen erfasst, und dem Jungen mußten der Daumen und die beiden letzten Finger abgenommen werden.

Die Ursache dieser zahlreichen Uebertretungen ist vielfach wirtschaftliche Notlage, die namentlich Witwen zwingt, die Kinder zum Mitbedienen anzuhalten. Andererseits ist das Gesetz immer noch nicht genügend bekannt. Der weitreichenden Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen ist durch eine fortgesetzte Aufklärungsarbeit durch Merkblätter, Vorträge und durch die Presse entgegenzuwirken. Um aber dauernde Erfolge zu erzielen, wird es notwendig werden, in Zukunft mehr als bisher von dem Mittel der Bestrafung Gebrauch zu machen. Bisher wurden Vergehen gegen das Kinderschutzgesetz von den Gerichten außerordentlich milde beurteilt. Solange aber Geldstrafen von 1 bis 5 Mark, selbst in Wiederholungsfällen, fast die Regel bilden, solange ist nicht zu erwarten, daß sich die Beteiligten ihrer Verantwortung und der Schwere der Verstöße bewußt werden, die das Gesetz in richtiger Würdigung ihrer Bedeutung mit Geldstrafen bis zu 2000 Mark belegt.

Wahntätiger Haß und Fanatismus. Die sozialistische Arbeiterbewegung der Schweiz kommt trotz angelegentlichster Agitation nicht weiter. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen sind sogar noch zurückgegangen; sie haben in den letzten 4 Jahren etwa 17000 Mitglieder verloren, während die christlich-sozialen Arbeiterorganisationen erhebliche Fortschritte machen. Die sozialistische Richtung kommt dabei immer mehr ins radikale, man kann wohl sagen: anarchisierende Fahrwasser. Die unsinnigen Streiks der letzten Zeit mit ihren gewalttätigen Ausschreitungen und Exzessen, insbesondere in Zürich, sind deutliche Beweise dafür. Die Gehässigkeit des Tones in der roten Presse kann kaum noch überboten werden. In einem klassenhaßsprühenden Gedicht des sozialdemokratischen „Textilarbeiter“ (Nr. 29, 1912) werden die Arbeitgeber als „Henker“ und „Pannibalen“ tituliert und eine Strophe dieses lieblichen poetischen Ergusses geht mit den Arbeitgebern also ins Gericht:

„Ihr Schurken all, ihr Satansbrut!
Ihr höllischen Cujone,
Ihr freßt der Armen Hab' und Gut,
— Und Stück wird euch zum Lohne.“

Solchen wahnwitzigen Haß und Fanatismus atmen sämtliche 24 Strophen des traurigen Nachwerks. Angehört einer solchen Verhezung des arbeitenden Volkes ist die Hoffnung auf eine günstige Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung der einzige Lichtblick für eine Gesundung der sozialen Zustände.

Die katholischen Arbeitervereine gegen die Gelben. Der letzte Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln nahm nach eingehender Beratung folgende Resolution gegen die gelben Gewerkschaften an: „Gegenüber den neuerdings in stärkerem Maße zutage tretenden Bestrebungen der gelben Arbeitervereine, weiß der Diözesandelegiertentag auf die bereits auf früheren Tagungen gefaßten Beschlüsse hin, wonach die gelbe Be-

wegung grundsätzlich abgelehnt werden muß, da sie nach ihrer ganzen Zweckbestimmung als nicht im Interesse des Arbeiterstandes liegend angesehen werden muß.

Der Delegiertentag beauftragt das Präsidium für eine Aenderung des Normalstatuts zwecks Reinhaltung unserer Arbeitervereine gegenüber gelben Bestrebungen Sorge zu tragen.

Der Delegiertentag stellt sich grundsätzlich auf den Standpunkt, daß Angehörige einer gelben Gewerkschaft nicht in unsere Arbeitervereine gehören.

Das traurige Schicksal der sozialdemokratischen Volks- und Gewerkschaftshäuser. Wir lesen in unserem Bruderorgan vom christlichen Holzarbeiterverbande folgendes:

Ein für einen „Genossen“ recht trauriges Kapitel schneiden wir an. Dieselben Leute, die alle Wirtschaftsbetriebe „vergesellschaften“, d. h. in den Besitz des „sozialdemokratischen Volkes“ bringen wollen, sind nicht einmal imstande, ihre eigenen Gewerkschafts- und Volkshäuser rentabel zu machen.

Das Volkshaus in Köln

hat am Samstag, den 27. Juli, beim Amtsgerichte den Konkurs angemeldet. Nur mit Ach und Krach konnte es bisher gehalten werden. Von Zeit zu Zeit bedurfte es immer wieder der Ermahnung der Partei- und Gewerkschaftsorgane an die „Genossen“, das Volkshaus doch ja durch starke Frequenz zu unterstützen.

Das Gewerkschaftshaus zu Kassel trug ebenfalls von vornherein den Schwindelkeim in sich. Das auf 700 000 M. veranschlagte Gebäude kam auf 1 000 000 M. Baukosten. Der Vorschlag wurde so um 300 000 M. überschritten.

Das Volkshaus in Trier, der Bau- und Gewerkschaftsvereine Arbeiterheim gehörig, machte eine „fette Meise“.

Das Gewerkschaftshaus zu Essen bereitete dem vorgeschobenen Geschäftsinhaber schon beim Bau derartig viel Kopfschmerzen, daß der Mann auf den Gedanken kam, es gar nicht erst in die Hände der „Genossen“ gelangen zu lassen.

Das Gewerkschaftshaus zu Leipzig kann nur mit großer Mühe gehalten werden. Beim Bau wurde der Voranschlag so erheblich überschritten, daß eine Erhöhung des Stammkapitals notwendig wurde.

Das Berliner Gewerkschaftshaus konnte sich anfänglich nur dadurch einigermaßen über Wasser halten, daß es von der Landesversicherungsanstalt Berlin eine mit drei Prozent zu verzinsende Hypothek in Höhe von 650 000 M. erhielt.

Das Hamburger Gewerkschaftshaus befindet sich in der gleichen Lage, trotz des erheblichen Schnapskonsums. Auf einer früheren Generalversammlung der Gesellschafter des Hamburger Gewerkschaftshauses teilte Gewerkschaftssekretär Große mit, daß die Angestellten, trotz der guten Bezahlung, keine Ideale bekundeten.

Das Volkshaus in Düsseldorf konnte schon im Bau nicht hochkommen, weil den unternehmungslustigen „Genossen“ das notwendige Kleingeld fehlte. Eine Zeitlang lag der Bau vollständig still.

Das Gewerkschaftshaus in Saarbrücken ist das Schmerzenskind der saarabischen „Genossen“. In den roten Gewerkschaftsblättern wurde schon ein frisch-schölicher Krieg gegeneinander ausgetragen.

Das Volkshaus zu Gotha wurde finanziert von Brauereien gegen die Verpflichtung, daß ihnen die Abnahme einer bestimmten Quantität Bier garantiert würde.

Das Gewerkschaftshaus in Hagen steht in dem Ruße, daß sein Ruin bald vollendet sein wird. Es ist die Quelle steter Raubhalgereien zwischen den „Genossen“. Eine Broschüre ließe sich schreiben über die Geheimnisse des Hager sozialdemokratischen „Wurfkastells“.

Die Ursachen der Fabrikarbeit der verheirateten Frauen hat eine umfangreiche, überaus dankenswerte Untersuchung des Arbeitsamtes des Königreichs der Niederlande für die in den Fabriken des Landes erwerbsmäßig tätigen verheirateten Frauen festzustellen versucht.

Table with 3 columns: Gründe der Fabrikarbeit, Fälle, Proz. Die Gründe sind: Unzureichender Verdienst des Mannes (1239 Fälle, 23,6%), Arbeitslosigkeit des Mannes (552 Fälle, 10,5%), Der Mann ist leichtsinnig oder arbeitslos (355 Fälle, 6,2%), Gefangener (15 Fälle, 0,3%), im Militärdienste (13 Fälle, 0,3%), arbeitet im Auslande (16 Fälle, 0,3%), ist tränklich (18 Fälle, 0,4%), schwächlich (227 Fälle, 4,3%), Trinker (27 Fälle, 0,5%), Die Frau muß Familie unterhalten (280 Fälle, 5,4%), keine Kinder (329 Fälle, 6,3%), Um vorwärts zu kommen oder zu sparen (419 Fälle, 8,0%), Um Schulden zu decken (123 Fälle, 2,4%), Für Wohnungseinrichtung zur Heirat (119 Fälle, 2,3%), Vom Arbeitgeber der Mann verlangt (61 Fälle, 1,2%), Hilfeleistung für Mann oder Kind (82 Fälle, 1,6%), Witwe, geschiedene oder verlassene Frau (1029 Fälle, 19,6%), Verschiedene Gründe (132 Fälle, 2,5%), Unbekannte Gründe (220 Fälle, 4,2%). Gesamtsumme 5256.

In fast einem Viertel der Fälle ist der Verdienst des Mannes so gering, daß die Frau mitverdienen muß. In einem Fünftel der Fälle ist die Frau die einzige Ernährerin der Familie (Witwe, Geschiedene oder Verlassene).

So in Holland. Eine gleichartige Erhebung in Deutschland würde ein wesentlich anderes Bild wohl nicht ergeben.

Die „freien“ Gewerkschaften — Unternehmerlieblinge. Den „freien“ Gewerkschaften ist Heil widerfahren: sie sind aus Unternehmernmunde gelobt worden.

Ein leidenschaftiger Syndikus und Industrieller ist der freigelegte Lobspender, Dr. Stapff heißt der Mann. Triumphierend verkündet's der „Vorwärts“ der Welt und mit ihm die ganze rote Presse.

„Die freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaften sind die einzigen Arbeitervereinigungen, die beim Abschluß von Tarifverträgen usw. ernstlich in Frage kommen.“

Was der Herr Syndikus über die christlichen Gewerkschaften sagt, läßt uns gleichgültig. Wer eine solche Unkenntnis der gewerkschaftlichen Verhältnisse bekundet, ist auf diesem Gebiete nicht ernst zu nehmen.

Ohne uns diese Beweisführung zu eigen zu machen, können wir uns doch der Bemerkung nicht enthalten, daß der Herr Syndikus wahrscheinlich sehr gut weiß, warum er die „freien“ Gewerkschaften so lobt.

Aus unserer Industrie.

Eine Gefahr für Deutschlands Tuchindustrie.

Unter diesem Stichwort hatte kürzlich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ die bekannte Bevorzugung englischer Tuche in einem längeren Artikel besprochen.

„Es ist leider nicht abzusehen, daß es gerade in den höheren Kreisen viele Herren gibt, die nur Kleidungsstücke aus „echt englischer Ware“ wünschen.“

Hier muß man berücksichtigen, daß noch vor 20 Jahren die deutsche Cheviotfabrikation in den besseren Preislagen fast gar nicht in Frage kam und das Feld fast ausschließlich den Engländern überlassen mußte.

Aus der herrschenden Cheviotmode erklärt es sich auch, daß reine Kammgarnfabrikplätze, wie Aachen, jetzt unter Absatzmangel leiden.

Ein hoher Schutzzoll wird uns niemals vor der hohen Einfuhrziffer englischer Stoffe bei einer Mode sichern, die den englischen Fabrikaten besonders günstig liegt.

schweren, ist der, daß wir noch mehr in die Geheimnisse der englischen Cheviotfabrikation eindringen und die Fabrikation, soweit dies heute noch möglich ist, an Ort und Stelle in englischen Fabriken und englischen Webstühlen studieren, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Der in Deutschland so sehr übliche Ruf nach der Regierung tut es nicht allein.

Die Erwartungen für die Baumwollernte

Sind augenblicklich, wie stets um diese Zeit, noch nicht einheitlich. Soviel scheint allerdings festzustehen, daß die diesjährigen Erträge an die vorjährige Rekorderte nicht heranreichen werden. Denn nach dem letzten amtlichen Bericht ist die amerikanische Baumwollanbaufläche um 7 % gegen die vorjährige zurückgeblieben. Diese Zahl ist allerdings von Neill Brothers in Zweifel gezogen worden, die den Anbau gegenüber dem Vorjahr mit 3 % angeben. Der Durchschnittsstand der Pflanzen in dieser Saison ist ebenfalls geringer als im Vorjahre. Immerhin sind die Monate Juli und August für die Entwicklung der Baumwolle die maßgebendsten, und Ernteschätzungen vor Ende August sind immer problematische Zahlen. Der Konsum zeigt gegen das Vorjahr eine bedeutende Vermehrung. Seit dem 1. September stellte sich nämlich die Entnahme der Spinner auf 14 314 000 Ballen gegen 11 303 000 Ballen in der gleichen Vorjahreszeit und 10 665 000 Ballen vom 1. September 1909 ab. Trotz dieses bedeutenden Konsums sind die Vorräte infolge der vorjährigen Riesenernte doch noch ziemlich bedeutend. Sie wurden am 19. Juli auf 2 174 000 Ballen gegen 1 410 000 Ballen in 1911 geschätzt. Daß aber in dieser Schätzung alle Vorräte enthalten sind, wird in Fachkreisen bezweifelt. Die vorjährige Ernte war nämlich quantitativ allerdings die größte bis jetzt erzielte, die Qualität der vorjährigen Baumwolle jedoch blieb vielfach erheblich hinter den gehegten Erwartungen zurück. Es wird daher angenommen, daß sich noch größere Quantitäten, die infolge ihrer geringen Qualität keine Käufer fanden, als „unsichtbare Vorräte“ in den Händen der Produzenten befinden. Diese Vorräte werden aber für die kommende Ernte von einiger Bedeutung werden, denn die Produzenten dürften versuchen, diese Ware beim Verkauf der neuen Ernte mitzuverkaufen. — Die Preise für Rohbaumwolle bewegen sich seit Anfang dieses Jahres, von geringen Schwankungen abgesehen, in einer stark aufwärts gerichteten Kurve. Sie stellten sich in Bremen am

1. Januar auf 47,25 Pfg.	1. Mai auf 59,25 Pfg.
1. Februar " 52,25 "	15. " " 60,75 "
15. " " 54,75 "	1. Juni " 59,—" "
1. März " 54,25 "	15. " " 61,75 "
15. " " 56,— "	1. Juli " 61,25 "
1. April " 56,25 "	15. " " 66,50 "
15. " " 58,50 "	25. " " 68,— "

Diese Preissteigerung um mehr als 20 Pfg. seit dem 1. Januar ist zum größten Teil durch die gute Beschäftigung in der Baumwoll-Industrie hervorgerufen worden. Namentlich in England und in Amerika haben die Spinner genügend Orders in Händen. Dies ist um so bemerkenswerter, als England erst den großen Streit zu überstehen hatte und in Amerika augenblicklich der Wahlkampf um den Sitz im Weißen Hause tobt. Die Beschäftigung in der deutschen Baumwoll-Industrie ist nicht gleichmäßig. Zum Teil macht sich eine gewisse Arbeiterknappheit bemerkbar. Die Kattundruckereien sind sehr gut beschäftigt. Dies ist namentlich auf den italienisch-türkischen Krieg zurückzuführen. Denn die Türkei war früher eine gute Kundin Italiens; seit dem Ausbruch des Krieges werden die Bestellungen aber anderen Ländern, und namentlich Deutschland, erteilt. In der italienischen Textilindustrie dauert die Krise nach wie vor an.

Unterbindung der deutschen Seidenausfuhr nach Frankreich.

Aus Interessentkreisen sind die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin darauf aufmerksam gemacht worden, daß in Frankreich eine obermalige Zollserhöhung auf Seidengewebe geplant und ein bezüglicher Gesetzesentwurf in die Deputiertenkammer eingebracht worden ist; es handelt sich dabei um eine Verdoppelung, teilweise sogar um eine Verdreifung der Zölle auf solche Seidengewebe, wie sie namentlich aus Deutschland kommen. Die Einfuhr deutscher Seidengewebe nach Frankreich ist infolge von Zollserhöhungen in den letzten Jahren bereits sehr schwierig geworden und erlosch zurückgegangen. Kommt der neue Plan zustande, so dürfte der deutsche Export ganz unterbunden werden. In Bezug auf Seidenfabrikate steht Deutschland und Frankreich in bedeutendem Wettbewerfe; denn Frankreich exportiert bekanntlich in erheblichem Umfange teure Seidenwaren nach Deutschland. Für diesen gegenseitigen Warenverkehr würde eine neue Zollserhöhung in Frankreich erhebliche Schädigungen bringen, und daher hat auch der französische Wirtschaftsmarkt ein bedeutendes Interesse an dem Nichtzustandekommen einer Zollserhöhung.

Internationale Statistik der Flach-, Hanf- und Juteindustrie.

Nach der vorliegenden neuesten Statistik verfügt Oesterreich-Ungarn über 65 221 Jute- und 297 390 Flach- und Flachwerzspindeln. Die Jute- und Flachwerzspindeln werden mit 29 317, die Hanf- und Bergspindeln mit 22 832 angegeben. Mechanische Webstühle wurden rund 8 000 gezählt. Beschäftigt werden 33 000 Arbeiter. In Deutschland laufen 178 000 Jute- und 296 000 Flach- und Flachwerz-, 52 000 Hanf- und Hanfwerz- sowie 86 000 Jute- und Flachwerzspindeln. Die Zahl der mechanischen Webstühle in Deutschland beträgt

rund 15 000 und die Arbeiterzahl 45 000. Schweden hat sieben Fabriken der betreffenden Zweige, die Schweiz deren fünf, Belgien verfügt über 39 sehr bedeutende Spinnereien und Webereien. Holland zählt drei Etablissements. Die italienische Flach-, Jute- und Hanfindustrie wird durch 31 Etablissements repräsentiert, in Rußland gibt es 38 Firmen. Es laufen dort allein 300 000 Flach- und Flachwerzspindeln.

Aus dem Verbandsgebiete.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

In den meisten Einsendungen ist bisher nur die Rede über unser Beitrags- und Unterstützungsweisen. Sehr wenig ist bisher geschrieben worden über die agitatorischen Maßnahmen, die unsere Generalversammlung treffen soll. Meines Erachtens muß dieselbe auch in dieser Beziehung etwas tun. Sie muß strenge Umschau halten in den einzelnen Bezirken und Ortsgruppen, ob dort auch agitatorisch etwas geleistet wurde, ob auch die Agitationskommissionen, die durch die letzte Generalversammlung eingeführt wurden, richtig arbeiten. Meines Erachtens muß auch in Zukunft die ganze Agitation mehr spezialisiert werden. Wir müssen dazu kommen, ähnlich wie der deutsche Textilarbeiterverband, daß wir mehr Branchensammlungen und auch Konferenzen abhalten. Ich möchte da auch besonders das Augenmerk hinlenken auf die Tausende von Spinnereiarbeitern, die noch abseits von unserer Bewegung stehen. Hier muß der Hebel angelegt werden. Hoffentlich wird durch die Elberfelder Generalversammlung wieder ein frischer Zug durch den Verband gehen, wie es nach der Nachener der Fall war. Ein Spinnereiarbeiter-Kollege aus Greven.

Bereits schon zweimal, zu Augsburg und Aachen, benutzte ich das Organ, um meine Ansicht zu den Generalversammlungen kund zu tun. Auch zu Elberfeld bitte ich, mir einen kleinen Raum zu gewähren.

Stärkung der Verbandskasse (Finanzreform) und infolge davon Sozialbeiträge bezw. Erhöhung der Beiträge und Remedur im Unterstützungsweisen wird bei der Lagung im Vordergrund stehen.

Ich bin beileibe nicht ein Pessimist, aber doch zu wenig Optimist, um zu glauben, diese Forderungen würden uns in der Agitation und auch bei dem jetzigen Bestände von Nutzen sein!

Besonders hier im „Musterlande“, dem Land der „unbegrenzten Möglichkeiten“, wo selbst die großherzoglich-badische Sozialdemokratie als großartige Bewegung der Führung des vierten Standes von der Regierungssonne erwärmt wird, werden wir einen schweren Stand bekommen. Jeder weisichtige Gewerkschaftler ist sich ja darin einig, daß wir finanziell stark sein müssen, um unseren Aufgaben gerecht zu werden, aber wir müssen auch Mittel und Wege finden, um unseren jetzigen Beständ und einen Nachwuchs uns zu erhalten.

1. Meine Vorschläge im Beitrags- und Unterstützungsweisen sind: die bisherigen Klassen beibehalten, die 10 eventuell auch 15 Pfg.-Klasse und die 20 eventuell 25 Pfg.-Klasse soll nur Streit- und Maßregelungsunterstützung bezahlen. Die 30, 40, 50, 60 und 70 Pfg.-Klasse soll nur Streit-, Maßregelungs-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung bezahlen. Ferner in allen Klassen unentgeltlicher Rechtsschutz und Zustellung des Verbandsorgans.

Unzugs-, Reise-, Sterbe- und Unfallunterstützung soll bei allen Klassen in Wegfall kommen.

Alle Klassen sollen für alle Mitglieder freigegeben werden!

2. Bezugszeit (Karenz- — Wartzeit). Maßregelungsunterstützung sofort, Streitunterstützung nach 1/2 jähriger Mitgliedschaft, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung nach 52 vollen Beitragswochen, bei beiden 6 Arbeitstage Karenz- (Warte-)zeit. Höchstunterstützung wieder nach 104 Beitragswochen; Arbeitslosenunterstützung wird nur nach mindestens 6 Arbeitslosentagen bezahlt, was ja schon die Karenzzeit mit sich bringt. Einzelne Arbeitslosentage kommen in Wegfall.

Auf diese Art, glaube ich, ist dem Unterstützungsweisen vollauf Genüge geleistet. Unser Verband braucht doch nicht ganz in ein Unterstützungsinstitut auszuarten.

In Gegenden, wie bei uns, wo die Industrie- und Bauerschaft zum Teil sich noch mit Landwirtschaft beschäftigt, ist die Agitation aus begrifflichen Gründen eine sehr schwierige.

Der großen Masse mangelt es an Einsicht, Weisheit und Opfermut. Durch Freigabe der Klassen, wo dann die Massen vielleicht könnten gewonnen werden, würde sich, nachdem man die hohen Ideale und Ziele, welche sich die christlichen Gewerkschaften gestellt haben, erkannt hat, der Aufschwung in die höheren Klassen von sich selbst aus vollziehen. Ich bin der Ansicht, daß es den älteren Gewerkschaftlern ihre Einsicht nicht zugehen würde, in eine niedrigere Klasse zu treten, als wo sie jetzt sind.

Ich glaube auch, daß es uns gleich sein könnte, ob wir Mitglieder haben mit den vielen Unterstützungen oder nur mit den gewerkschaftlich notwendigen Säzen. Auch bei den konfessionellen Vereinen hat man Mitglieder, welche in der Sterbe- und Krankenkasse sind und solche, welche nicht darin sind.

Was die Sozialbeiträge betrifft, beantrage ich, den Ortsgruppenrat von 15 auf 5% zu setzen und soll es jeder Ortsgruppe freistehen, auf welche Art sie den Rest noch einstellt, ob monatlich oder vierteljährlich durch Vollerhebung usw. Ein Sparanteil könnte man sich hier und da in verschiedenen Parteien auch noch gewähren.

Martin Gottinger, Kassierer, Säckingen.

Zur Heranziehung und Erhaltung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen im Verbandsgebiete möchte ich folgenden Vorschlag machen:

Man möge es versuchen, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen dadurch an den Verband zu fesseln, daß man ihnen an den Lohn Tagen durch die Vertrauensleute Sparmarken (à 10, 50 und 100 Pfg.) zum Kauf anbietet. Diese Marken werden in ein Markenbuch eingeklebt, und kann der Betrag, wenn eine gewisse Höhe erreicht ist (15 M.), vom Mitgliede abgehoben und einer Ortsparnkasse überwiesen werden. Dann kann das Mitglied wieder weiterleben. Nach Abhebung des Betrages werden die Marken entwertet.

Später, wenn Erfahrungen gesammelt sind, können in großen Ortsgruppen, wo viele Sparer sind, die wöchentlich eingegangenen Beträge sofort der Ortsparnkasse überwiesen werden.

Noch später (ich denke dabei an die „deutsche Werkmäster-Sparbank-Aktiengesellschaft“) könnten die Spargelder aller christlichen Zentralverbände in eine Kasse fließen.

Der mündelicher angelegte Bestand der Werkmäster-Sparnkasse beträgt 6 000 000 Mark. Fast 80 000 Mark konnten aus den Ueberschüssen zu Unterstützungen verwendet oder bereitgestellt werden, obgleich die Sparbank höhere Zinsen zahlt als andere Sparkassen.

Zunächst handelt es sich aber nur um einen Versuch im Kleinen, und würde mein Antrag lauten: die Generalversammlung wolle den Zentralvorstand ersuchen, durch eine Rundfrage in allen Ortsgruppen feststellen zu lassen, wieviel Mitglieder gewillt sind, sich an den Lohn Tagen Sparmarken zu kaufen. Danach könnte vielleicht schon bis Ende Dezember dieses Jahres ein Resultat vorliegen.

Paul Schreitmüller, Cottbus.

Die bevorstehende Generalversammlung soll dem inneren Ausbau unserer Organisation gewidmet sein; doch möchte ich raten, die Agitation nicht zu viel in den Hintergrund zu stellen. Eine finanzielle Hebung unserer Zentralkasse erachte ich als dringend notwendig, nur über Mittel und Wege ist man in unserem ausgedehnten Verbandsgebiete verschiedener Meinung. Und nun ist es Aufgabe der Generalversammlung, in dieser Beziehung praktische Reformarbeit zu leisten und eine Einigung herbeizuführen. Weil mir nun das Wohl und die Wehe unserer Organisation sehr am Herzen liegt und die Mitglieder sozusagen zur Diskussion aufgefordert wurden, erlaube ich mir auch einige Worte über den einzuführenden Sozialbeitrag. Wie vorgeschlagen wurde, soll letzterer statutarisch festgelegt werden, aber da bin ich der Meinung, daß hiermit unseren Mitgliedern zu viel Opferwillen zugemutet wird. Ich schlage darum vor, um unsere Zentralkasse kapitalkräftiger zu gestalten, die Ortsgruppen erhalten nur noch einen Anteil von 10 Prozent, und diejenigen, welche damit nicht auskommen, führen einen Sozialbeitrag ein von 5 Pfg. pro Woche und Mitglied. Ferner schlage ich vor, daß für die einzelnen Arbeitslosentage keine Unterstützung mehr ausbezahlt wird. Andere Unterstützungsrichtungen sollen nicht gekürzt werden, denn, wie oben erwähnt, darf die Agitation nicht benachteiligt werden. Auch mit der Jugendfrage gedenkt sich die Generalversammlung zu befassen. In dieser Hinsicht muß zukünftig schärfer eingegriffen werden, wenn wir nicht haben wollen, daß uns die Gegner den Nachwuchs unserer Bewegung wegnehmen. Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Um die Jugendagitation zu erleichtern, wäre es eine gute Sache, wenn der männlichen Jugend eine entsprechende Schrift zur Verfügung gestellt würde.

Der Generalversammlung bleibt also ein gutes Stück Arbeit beschieden; mögen die Herren das Beste zum Wohle und Gedeihen unseres großen Wertes herausfinden.

Emil Wanson.

Zu den auf unserer diesjährigen Verbandsgeneralversammlung stehenden Punkten hat der Zentralvorstand die Mitglieder ganz besonders zur Diskussion eingeladen. Erfreulich ist es, daß bisher von dieser Diskussion so viele Kollegen Gebrauch gemacht haben. Namentlich ist die Frage der Sozialbeiträge eifrig erörtert worden, und hierbei hat es sich gezeigt, daß eine bedeutende Minderheit der Kollegenschaft der Einführung von Sozialbeiträgen nicht sympatisch gegenübersteht.

Mit Rücksicht auf diese Erörterungen seien auch mir einige Bemerkungen zu dieser Frage gestattet. Schon bei der Diskussion im vorigen Jahre hat es sich ergeben, daß die eventuelle Einführung von Sozialbeiträgen von vielen Kollegen als eine Neuerung aufgefaßt wurde, welche mit Rücksicht auf unsere schlechter gestellten Kollegen, die ohnehin froh sind, wenn sie die jetzigen Beiträge entrichten haben, entschieden abgelehnt wurde.

Und in der Tat bestehen diese Bedenken vom vergangenen Jahre auch heute noch.

Es muß m. E. vor allem im Interesse der Kollegen, die einziger Ernährer einer großen Familie sind, von der Einführung von Sozialbeiträgen Abstand genommen werden, denn diesen Kollegen kann man eine größere Leistung an den Verband doch wohl nicht zumuten. Sodann muß man die anhaltende Forderung auch mit in Betracht ziehen, denn gerade der Textilarbeiter mit seiner Familie leidet genug darunter, sobald er froh ist, wenn er sich eben noch mit durchschleppen kann.

Ferner ist meiner Ansicht nach, mit Rücksicht auf das flüchtige, wenn auch langsame Anwachsen unserer Verbandskasse, die heute ein respektables Vermögen aufweist, kein Grund vorhanden, jetzt schon wieder eine Beitragserhöhung in Form von Sozialbeiträgen durchzuführen.

Daß durch diese eventuellen Maßnahmen der Agitation, besonders unter den jugendlichen, nicht gedient ist, dürfte wohl jedem Kollegen einleuchten.

St. in Schmidt.

Wohl eine der wichtigsten Angelegenheiten, mit der sich die Verbandsgeneralversammlung befassen möchte, ist wohl der Punkt: Welches ist der gangbarste Weg, den in erster Linie die organisierten Arbeiter (speziell die Textilarbeiter) betreten sollen, um die Opfer für die Gewerkschaft ohne Schaden für die Familie leicht und freudig aufzubringen? Die Einführung von Sozialbeiträgen, sowie die Regelung der Unterstützungen, besonders die Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung wird vielleicht viel Staub aufwirbeln. Viele Kollegen wollen

mit dem Austritt aus dem Verbands drohen, wenn die Sozialbeiträge eingeführt werden; das ist Kurzsichtigkeit. In Nr. 27 der Textilarbeiterzeitung ruft ein Kollege (J. Sommer) aus: „Keine Mehrbelastung unserer Mitglieder; wo die Leistungsfähigkeit aufhört, findet Aufklärung kein Gehör mehr!“

Werte Kolleginnen und Kollegen! Hier stelle ich euch vor die Frage: Sind die Textilarbeiter an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt? Ich sage nein! Denn solange die Kollegen für schädliche Sachen unnütz Geld ausgeben, müssen sie doch auch noch 5-10 Pf. für Sozialbeiträge übrig haben. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, eine für den Arbeiter so schädliche Quelle zu beseitigen, dafür eine andere Wohltat spendende Quelle aufzuschließen und zu benützen. Die so schädliche, Unheil bringende, schwere moralische und materielle Opfer fordernde Quelle heißt Alkohol. Der Alkohol ist und bleibt der fürchterlichste Feind des Gewerkschaftsgedankens. Der Alkohol schwächt den Körper, welcher dadurch gegen Krankheiten weniger widerstandsfähig ist; er ist ferner ein Förderer von Unregelmäßigkeiten, wodurch das Ansehen der Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber sicher nicht erhöht wird.

Wer vermag die ungeheuren Opfer aufzuzählen, die dem Dämon Alkohol vom deutschen Arbeiter geopfert werden von den 3500-4000 Millionen Mark, die der Alkohol in Deutschland verschlingt. Werte Kolleginnen und Kollegen! Kann eine Gewerkschaft bei Lohnbewegungen für ihre Mitglieder wohl ebenso energisch auftreten, wenn sie dem zur Unpünktlichkeit, schlechtem Arbeiten usw. reizenden Alkoholenüß ihrer Tribut reichlicher bringen, als wie dies bei einer nüchternen Belegschaft der Fall sein wird? Ich glaube bestimmt, pünktliche, nüchtere Arbeiter werden eher den Sieger erringen, als diejenigen, die dem Alkohol huldigen. Seit der letzten Generalversammlung hat der Kampf gegen den Alkohol in nördlichen Münsterlande, wie in Rheine, Emsdetten, Nienkirchen, Vorholt, Greven, Mesum, Gronau, Epe, Ibbenbüren usw., seinen siegreichen Einzug gehalten. So manchem abstinenter, organisierten Textilarbeiter ist es jetzt leicht, seine Beiträge nicht nur pünktlich zu zahlen, sondern auch in eine höhere Beitragsklasse zu treten. Leider hat es unser Verbandsorgan bis jetzt unterlassen, irgend eine Stellung gegen den Alkohol, der den Ruin des deutschen Arbeiters immer mehr fördert, einzunehmen (? D. N.). ebenso habe ich bis jetzt noch von keinem Gewerkschaftsbeamten oder sonstigen Redner in unseren Versammlungen irgend ein Wort gegen den Alkohol gehört (? D. N.), obschon viele Gewerkschaftsbeamte abstinenter oder sehr mäßig sind.

Mit Rücksicht auf unser eigenes Beste müssen wir der Abstinenzbewegung eine gründliche Beachtung schenken, und deshalb muß die Generalversammlung bahnbrechend vorangehen, ehe es zu spät ist. Darum sollte jeder Gewerkschaftsbeamte, Vorstandsmitglied usw. in seinen Vorträgen, in Zeitungsartikeln usw. stets auf die Schäden des Alkohols nicht nur hinweisen, sondern mit gutem Beispiel vorangehen. Wafante Beamtenstellen solle man nur mit solchen Kollegen besetzen, die, wenn sie tüchtig sind, voll und ganz auf dem Boden der Abstinenz stehen.

Auch von seiten der Sozialdemokratie droht den christlichen Gewerkschaften durch die Alkoholbewegung eine weit größere Gefahr, als man vielleicht ahnt. Von den Reichstagsabgeordneten sind nur sechs abstinenter, und zwar sind es Sozialdemokraten. Aber nicht bloß deutsche sozialdemokratische Arbeiterführer sind abstinenter, auch ausländische sozialistische Führer haben den Wert der Abstinenz längst erkannt und praktisch durchgeführt; ich nenne nur Dr. Adler (Wien) und Wandervelde (Belgien). Durch praktische Beispiele sind die sozialistischen Führer bestrebt, die Arbeitermassen für die Enthaltensamkeit zu gewinnen, denn es liegt klar auf der Hand, sind die Arbeiter frei von der Fessel des Alkohols, so ist unendlich viel gewonnen. Schon vor längerer Zeit soll ein sozialdemokratischer abstinenter Arbeiterverein mit einem Guttemplerorden ein Kartell geschlossen haben. Auch auf dem internationalen Kongreß der Sozialdemokraten in Wien soll nach Zeitungsberichten die Alkoholfrage offiziell behandelt werden. Weikünftig sei noch bemerkt, daß der deutsche Gastwirttag lebhaft über den Schnapsboykott der Sozialdemokraten gellagt hat. — Welch ein Segen, Glück, Fortschritt würde es bedeuten, wenn die 350 000 christlichen Gewerkschaftler den Weg zur Enthaltensamkeit beschreiten würden.

- Es würden:
1. 2 000 000 christliche Arbeiter, Frauen und Kinder glücklich werden.
 2. Durch die Abstinenz würden die christlichen Arbeiter einen tüchtigen Sparpfennig zurücklegen können.
 3. Die Abstinenz ist das beste Mittel, hohe Beiträge für den Verband zu zahlen.
 4. Auf abstinenter Boden stehende Gewerkschaftler können bei Lohnbewegungen ihren Forderungen viel besseren Nachdruck geben.
 5. Das Schmerzenskind des Zentralvorstandes, die Arbeitslosenunterstützung, wird von abstinenter Mitgliedern wohl wenig in Anspruch genommen werden, ebenso die Reiseunterstützung.
 6. Haben wir christlichen Gewerkschaftler wohl ein schöneres Ideal, ein höheres Ziel, als die Beseitigung der Frauenarbeit in der Fabrik. Da ist es die Abstinenz, die uns dem Ziele am nächsten bringt.

Darum, christliche Textilarbeiter, macht den Anfang zur Enthaltensamkeit; bedeutet wohl, daß die Textilarbeiter des nördlichen Münsterlandes in hellen Scharen dem Kreuzbündnisse besonders zufließen und immer mehr abstinenter werden zum Segen des Verbandes. Wir abstinenter münsterländischen Textilarbeiter sind fest überzeugt, daß unser alter Führer, Kollege Heinrich Camps in Münster, auf der Verbandsgeneralversammlung ein wackerer unererschrockener Vorkämpfer für die schöne segenbringende Abstinenzsache sein wird.

Möge sich die Verbandsgeneralversammlung auch mit der Abstinenzbewegung befassen.

Ein Kollege aus Rheine.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Augsburg.

Der Streik der Weber- und Spinnerarbeiten der meh. Baumwollspinn- und Weberei Augsburg, Abteilung Amühle, wurde nach dreitägiger Dauer beendet. Die Arbeiterschaft dieses Betriebes hatte schon lange auf eine Lohnerhöhung gewartet. Als am 22. Juli plötzlich das Gerücht verbreitet wurde, daß eine Lohnerhöhung für diesen Betrieb nicht komme, stellten die Weber und Weberinnen ihre Stühle ab und verlangten mit Herrn Direktor Fehmann betr. einer Lohnerhöhung in Verhandlung treten zu können. Der Herr Obermeister soll daraufhin erklärt haben: wer um diesen Lohn nicht arbeiten will, der solle machen, daß er hinaus komme. Das ließ sich die Arbeiterschaft in ihrer Erregung nicht zweimal sagen und verließ deshalb geschlossen den Betrieb. Das war am Vormittag in der Weberei; und am Nachmittag haben dann auch die Arbeiterinnen in der Spinnerei ebenfalls die Arbeit verlassen, so daß annähernd 300 Leute im Ausstand sich befanden. Sehr interessant ist besonders die Tatsache, daß auch die noch vorhandenen Gelben einmütig mit den andern die Arbeit niederlegten. Nachdem nun der von den Streitenden gewählten Kommission, welche am Mittwoch früh bei Herrn Direktor Fehmann vorstellig wurde, Zugeständnisse gemacht wurden, beschlossen die Streitenden, am Donnerstag die Arbeit wieder aufzunehmen. Es wurden nachfolgende Zugeständnisse erzielt:

1. Maßregelungen aus Anlaß dieses Streiks finden nicht statt.
2. Die Abteilung Amühle erhält eine besondere Vertretung im Arbeiterausschuß.
3. Schmale Waren, die auf breiten Stühlen hergestellt werden, werden im Lohne wie breite Waren berechnet.
4. Ueber eine allgemeine Lohnerhöhung inklusive der Spinnerei wird in den nächsten Tagen mit dem Arbeiterausschuß verhandelt.
5. Die den Kolonienwohnern aus Anlaß des Streiks ausgesprochene Wohnungskündigung wird zurückgezogen.

Eine Lehre dürfte aber die Arbeiterschaft aus diesem Kampfe gezogen haben und nämlich die: Ohne vorhergehende Verständigung der Organisationsleitung einen solchen Schritt nicht mehr zu unternehmen. Nur den Organisationen ist es zu verdanken, daß bei dieser Bewegung noch etwas erreicht wurde. Darum muß auch gelten die Parole: Treue der Organisation.

Sachsen-Thüringen.

Zur Färberbewegung. Auf die Zusage der Färberkonvention, daß am 30. September die 58 stündige Arbeitswoche in Kraft trete, haben am Montag, den 5. August, alle ausständigen Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Somit ist der Friede bis zum 30. September wieder hergestellt. Die Arbeiterschaft erwartet von der Färberkonvention auch in den Lohnfragen ein annehmbares Angebot. Erfolgt dieses nicht, wird der Kampf wahrscheinlich von neuem aufgenommen werden.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Amern-St. Anton. Die christlichen Gewerkschaften von Amern-St. Anton und Umgegend hielten am letzten Sonntag in Brüggeln eine große öffentliche Demonstrationssammlung ab, auf der Kollege Giesberts die Hauptrede hielt. Er führte aus:

Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Entstehung der christlichen Gewerkschaften, die Entwicklung und ihren jetzigen Stand kam der Redner auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der gegenwärtigen Zeit erwachsen. Diese Schwierigkeiten beständen entweder in einer grundsätzlichen Ablehnung des christlichen Gewerkschaftsgedankens, wie dies seitens der Fachabteilungen in St. Berlin geschehe, oder in einer Verkennung des Wesens und der Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. Daß die Sozialdemokraten geschworene Gegner der christlichen Gewerkschaften sind, ist ja selbstverständlich. Man braucht darüber kein Wort zu verlieren. Bedauerlicher sei schon der

Streit mit den Fachabteilungen.

Er habe der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften sehr geschadet. Hätten die Herren vom St. Berlin von Anfang an mitgearbeitet, anstatt Schwierigkeiten gemacht, so würde wenigstens die doppelte Anzahl von Arbeitern in der christlichen Gewerkschaftsbewegung organisiert sein. Dementsprechend würde auch der Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Sinne einer friedlichen Verständigung mit den Arbeitgebern, selbstverständlich unter vollster Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeiter, größer sein. Für die Verhältnisse am Niederrhein kommt dies jedoch nicht in Frage. Hier haben die Fachabteilungen keinen Boden. Auch die Sozialdemokratie ist wenigstens in die Land- und Mittelstädte verhältnismäßig wenig eingedrungen. Hier ist nur zu beklagen, daß man für das Wesen der christlichen Gewerkschaften ein zu geringes Verständnis hat. Redner präzisiert alsdann die Stellung der christlichen Gewerkschaften:

Stellung zur Religion.

Die christlichen Gewerkschaften sind keine eigentlichen religiösen Vereine. Die Vertretung der spezifisch religiösen und sittlichen Aufgaben, welche die Arbeiterschaft unserer Zeit in so großem Maße hat, ist den konfessionellen Vereinen, für uns hier am Niederrhein den katholischen Arbeitervereinen, dem Volksverein usw., überlassen. Es besteht gewissermaßen eine Arbeitsteilung, die sich bisher außerordentlich gut bewährt hat. Die christlichen Gewerkschaften wollen um sich sammeln alle Arbeiter, die auf christlich nationalem Boden stehen und die Vertretung ihrer berufswirtschaftlichen Interessen, ganz besonders im Lohn- und Arbeitsverhältnis, in einer Organisation durchführen wollen, ohne daß sie deshalb der religionsfeindlichen Sozialdemokratie den Tribut der Ueberzeugung zu bringen haben. Daraus darf niemand schließen, daß wir die Religion für unsere sozialen Verhältnisse nicht genügend würdigen und einschätzen. Im Gegenteil, wenn die christlichen Arbeiter nicht eine so tiefste Glaubensüberzeugung hätten, so würde es ihnen überhaupt nicht möglich gewesen sein, den Kampf mit der Sozialdemokratie aufzunehmen und die vielen Opfer zu bringen, die er erfordert. Die Religion ist und

bleibt das feste Fundament, auf der wir alle stehen und die Richtschnur für unser sittliches Handeln bildet.

Die Stellung zum Staat und zur Gesellschaft

ist deshalb auch eine ganz andere, wie die der Sozialdemokratie. Wir sind der Ueberzeugung, daß nur auf dem Boden einer festen gefunden Staatsordnung unsere Volkswirtschaft gedeihen kann. Deshalb stehen wir treu zu Kaiser und Reich und verwerfen die antimonarchischen Ideen der Sozialdemokratie. Wir übernehmen gern die Pflichten, die uns als Staatsbürger auferlegt werden, verlangen aber andererseits vom Staat, daß er der Arbeiterklasse gegenüber seine Pflichten erfüllt. Deutschland ist das Land der besten sozialen Gesetzgebung. Unsere Arbeiterversicherungsgesetzgebung mag manche Mängel haben, aber sie ist von keinem Staate der Welt bisher übertroffen worden. Auch auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes gibt es trotz der guten Fortschritte noch viel zu tun. Ich erinnere nur an die Bestimmungen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, für die Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken bessere Schutzbestimmungen zu verlangen. Wir haben aber die Zuversicht für uns, daß bei der gesunden Verwaltungsdisciplin, die unser Staatswesen beherrscht, wir eine größere Garantie haben für die praktische Durchführung der Gesetze, als irgend ein anderes Land. Und darauf kommt es im wesentlichen an. Wir verlangen aber vom Staate, daß er die Grundlagen, auf der die Arbeiterbewegung fußt, nicht erschüttert, daß uns das freie Koalitionsrecht erhalten bleibt und das freie Vereinsrecht, und daß die Mängel, die sich hier gezeigt haben, beseitigt werden. Ich möchte hier ganz besonders einschalten, daß die christlichen Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit die Versuche bekämpfen werden, das Koalitionsrecht der Arbeiter durch sogenannte Arbeitswilligengesetze zu verkürzen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir dieser Stellung zum Staatsganzen entsprechend verlangen, mit vertreten zu sein in den öffentlichen Körperschaften, Gemeindevertretungen, Parlamenten usw. Unsere Aufgabe besteht hier darin, daß die Einordnung des Arbeiterstandes in die bürgerliche Gesellschaft Wirklichkeit werde, wie dies der Reichstagsler v. Westmann-Hollweg seinerzeit auf dem Kongreß der christlich nationalen Arbeiterbewegung als sein Programm bezeichnet hat.

Unsere Volkswirtschaft.

Der soziale Aufstieg der Arbeiterklasse ist nur möglich im Rahmen einer gefunden Volkswirtschaft. Wir können von unserer deutschen Volkswirtschaft mit Genugtuung sagen, daß sie imstande gewesen ist, der sich stets vermehrenden Bevölkerung Brot und Arbeit zu bieten; im Gegensatz zu vielen unserer Nachbarländer, die einen Teil des Ueberflusses ihrer Bevölkerung ins Ausland schicken müssen. Der Erfolg einer gefunden Volkswirtschaft ist nur dann garantiert, wenn die in ihr tätigen Kräfte möglichst harmonisch zusammenarbeiten. Deshalb erkennen wir die Notwendigkeit eines tüchtigen echt christlichen Unternehmertums an; ebenso die Notwendigkeit eines tüchtig technisch gebildeten Beamtenstandes. Nicht minder notwendig ist aber ein berufsfreudiger, pflichttreuer, intelligenter Arbeiterstand. Täuschen wir uns darüber nicht. Wenn die deutsche Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten einen so außerordentlichen Erfolg in der Weltwirtschaft errungen hat, so haben auch die Arbeiter daran ihren guten Teil. Je schwieriger die Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt werden, umso mehr muß Deutschland Qualitätsprodukte anstatt Massenprodukte exportieren. Qualitätswaren können aber nur mit tüchtigen, gutgelehnten Arbeitern hergestellt werden. Wir sind also auch hier mit allen anderen Volksgenossen angewiesen, gemeinsam die festen Grundlagen unserer Volkswirtschaft zu halten und auszubauen und alles das zu bekämpfen, was dieselbe zu erschüttern vermag.

Lassen Sie mich hier auch gleichzeitig Stellung nehmen zu zwei anderen Gruppen unseres Volkes. Die erste ist die

Landwirtschaft.

Hier am Niederrhein begegnet man vielfach bei den Landwirten einer großen Abneigung gegen die selbständige Bewegung der Arbeiter. Eigentlich ist nicht zu erkennen, warum das geschieht. Wenn die Ausbreitung der Industrie der Landwirtschaft Schwierigkeiten bereitet in der Beschaffung von Arbeitern, so darf dies kein Grund sein, gegen die Organisation der Industriearbeiter aufzutreten. Wir erkennen durchaus an, daß eine starke gesunde Landwirtschaft eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Ernährungsmöglichkeit des Volkes ist. Aber umgekehrt bitten wir auch die Landwirtschaft, ihre Vorurteile gegen unsere christliche Gewerkschaftsbewegung beiseite zu legen und nicht unnötig sich selbst Feinde in der Arbeiterschaft zu schaffen. Die Industrialisierung Deutschlands geht mit Riesenschritten vorwärts und ist die unerlöbliche Konsequenz der Volksvermehrung. Innerhalb 30 Jahren ist der prozentuale Anteil der ländlichen Bevölkerung von 50 Prozent auf 23 Prozent zurückgegangen; deshalb liegt es im eigenen Interesse unserer Landwirtschaft, in der industriellen und städtischen Bevölkerung, die mit ihr die gemeinsamen religiösen und nationalen Ideale hat, sich keine Sympathien zu verschmerzen. Und nun der

Mittelstand.

Der gewerbliche Mittelstand, soweit er nicht direkt auf die Landwirtschaft angewiesen ist, hat das größte Interesse an einer kaufkräftigen Arbeiterbevölkerung. Das merken wir, wenn Krisen eintreten und die Löhne der Arbeiter sich verringern, oder gar Arbeitslosigkeit eintritt. In dem gleichen Moment tritt auch in der Geschäftswelt eine schlechte Konjunktur ein. Die christlichen Arbeiter sind nicht bloß keine Gegner des Mittelstandes, sondern seine Freunde und wünschsen seine Erhaltung und Beschäftigung einzelner Differenzpunkte, die auch zwischen uns bestehen. Und nun unsere Stellung zu den

Arbeitgebern.

Das ist zweifellos die wichtigste Frage. Mit den Arbeitgebern haben wir gemeinsam das Interesse einer starken, gefunden Staatsverwaltung und einer starken, leistungsfähigen Volkswirtschaft. Wenn es den Arbeitgebern schlecht geht, kann es den Arbeitern nicht gut gehen. Nicht das bildet den Streitpunkt zwischen uns und den Arbeitgebern, daß sie Geld verdienen und guten Gewinn erzielen, sondern der Streitpunkt zwischen uns und ihnen besteht 1. in der Anerkennung unserer Organisation und 2. in der Beseitigung der Lohn- und in der Regelung der Arbeitsbedingung. So gut, wie wir den Arbeitgebern das Recht unbedingt zuerkennen, sich zu organisieren — sie machen davon ebenso reichlichen Gebrauch wie wir —, so gut müssen wir auch umgekehrt verlangen, daß sie uns das volle Koalitionsrecht und Organisationsfreiheit gewähren. Ueber Lohn- und Arbeitsbedingungen werden zwischen uns immer gewisse Differenzen entstehen. Aber ich kann Ihnen aus meiner langen Erfahrung sagen, daß die Löhne, die Arbeitszeiten und was damit zusammenhängt, zum allergeringsten Teil Anlaß zu schweren Streitigkeiten und Arbeitseinstellung gewesen sind. Darüber läßt sich

unter vernünftigen Menschen schon eine Verständigung finden. Eins müssen allerdings auch die Arbeitgeber sich gefallen lassen, daß sie nicht mehr einseitig und ohne die Arbeiter zu fragen, rein nach ihrem geschäftlichen Standpunkte die Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzen. Wir wollen die Mitwirkung bei diesen Festsetzungen. Unser Ziel ist hier, zu festen Vereinbarungen zu kommen, die sich überall in Deutschland gut bewähren haben. Wenn die Arbeitgeber glauben, daß die Tarifabmachungen von ihnen die Preisgabe eines altgewohnten Rechtes verlangen, so ist dies ein Vorurteil. Der Arbeitsvertrag ist gesetzlich frei, und wenn man einen Vertrag schließt, so ist es stets ein unhaltbarer Zustand, wenn nur eine Seite die Vertragsbedingung diktiert. Beide Teile müssen ihre Zustimmung dazu geben. Schlimmer sind jedoch die Bestrebungen der Arbeitgeber, die christlichen Gewerkschaften grundsätzlich zu bekämpfen. Wir haben leider in den letzten zwei Jahren auch am Niederrhein vereinzelte Fälle, wo die Arbeitgeber christliche Arbeiter entlassen, nur weil sie in der Organisation tätig sind. Das führt zu grundsätzlichen und erbitterten Kämpfen, Arbeitsentstellungen und schließlich großen Schädigungen beider Teile. Während der größte Teil unserer Industrieller am Niederrhein längst sich mit den christlichen Gewerkschaften abgefunden hat und mit ihnen Tarifverträge schließt, sind es einzelne wenige, die sich davor nicht finden können. Das ist tief bedauerlich und im Interesse des sozialen Friedens und der gemeinsamen Arbeit lebhaft zu bedauern. Man muß sich vielfach auf die Verfehlungen oder falsche Taktik, wollen wir einmal sagen, einzelner Gewerkschaftler. Die Arbeiter sind so wenig unfehlbar, wie es die Arbeitgeber sind. Über man kann ihnen einen Fehler eher nachsehen, wie der anderen Seite. Die Arbeiter sind einfache Leute, die infolge ihrer ständigen Arbeit nicht so in der Lage sind, sich zu orientieren und zu studieren. Die Aufklärungsarbeit wird auch hier von uns mit Nachdruck betrieben. Aber man soll solche einzelne Irrtümer nicht der ganzen Bewegung an die Rockschöße hängen, so wenig, wie wir die Hartnäckigkeit und Hochmütigkeit einzelner Arbeitgeber dem gesamten Unternehmertum entgelten lassen. Gerade hier am Niederrhein sollte es möglich sein, über solche Differenzen hinweg zu kommen.

Wenn man uns aber fragt, warum wir hier am Niederrhein organisieren, wo es noch nicht viele Sozialdemokraten gibt, so erwidern wir darauf: 1. wir organisieren uns nicht bloß im Gegensatz zur Sozialdemokratie, sondern um unsere wohlbestehenden und berechtigten Interessen zu wahren und 2. wenn bis jetzt die Sozialdemokratie am Niederrhein noch nicht die Mehrheit und die Herrschaft hat, so danken wir das unserer guten christlich gesinnten Arbeiterbevölkerung und ihren Organisationen. Unterdrückt man hier die christlichen Gewerkschaften, so kann man sehr bald das sozialdemokratische Regiment auch am Niederrhein haben.

Nedner fordert alsdann die christlichen Arbeiter auf, treu und opferwillig zu ihrer Organisation zu stehen und sich durch nichts ihre machen zu lassen. Am Niederrhein muß die christliche Gewerkschaftsbewegung die Oberhand behalten; dafür zu sorgen ist die Pflicht aller christlich denkenden Arbeiter.

Jüchen. „Rechtsschutz und Materieileitung in Fragen der Arbeits- und Lohnverhältnisse“ ist eine der Vergünstigungen, welche unseren Mitgliedern kostenlos erteilt wird. Auf diese Vergünstigung wird seitens unserer Kollegen viel zu wenig bei den Indifferenzen hingewiesen, und doch ist dies gerade von sehr großer Wichtigkeit, um denselben den weittragenden Nutzen der Organisation vor Augen zu führen. Einige Beispiele mögen die Wahrheit des oben Gesagten bestätigen. Vor nicht langer Zeit wurden einer Arbeiterin der Firma Schwarz u. Klein von dem verdienten Lohne 4 M. einbehalten. Auf ihre Beschwerde wurde ihr gesagt, „sie hätte soviel verdient“. Von einem unserer Kollegen wurde ihr nun bedeutet, wie es anzufangen sei, um zu ihrem Rechte zu kommen. Als man nun sah, daß die Arbeiterin gut aufgeklärt worden war, entzog man sich weiteren Schwierigkeiten und bezahlte, wozu man verpflichtet war. — Ein Vorgang, welcher bei der Firma Busch u. Cie. sich zutrug, ist folgender: Die Arbeiter der Spinnerei, Abteilung Zweigfabrik, klagten schon seit langem über schlechtes Verdienst. Von Seiten des Prinzipals wurde nun auf diese Klage erwidert, sie möchten eine Maschine mehr kaufen lassen, dann hätten sie besseres Verdienst. Diesem Wunsche wurde auch entsprochen, und siehe da, beim Schluß der Lohnung wurde mehreren Arbeitern von verdientem Lohn bis zu 4 M. „als zuviel verdient“ abgehalten. Es bedurfte der Zusammenkunft des Gewerbegerichts, um der Firma zu bedenken, welche Pflichten sie betreffs Lohnauszahlung ihren Arbeitern gegenüber hat. Diese haben: es der Anrechnung eines tüchtigen Kollegen zu verdanken, daß sie ihren verdienten Lohn erhielten. Derartige Vorgänge, denen andere angeeignet werden können, weisen ein großes Licht auf die Behandlung, sowie auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Betrieben. Die Spinnereiarbeiter der Firma Schwarz u. Klein klagen, daß sie überhaupt nicht berechnen können, wieviel sie verdienen, weil eine Lohnliste fehlt. Warten auf Material wird in den Spinnereien nicht vergütet, dabei werden horrenden Strafen bei den geringsten Vergehen verhängt, und dann klagt man bei solchen Zuständen über Arbeitermangel. Kollegen von Jüchen, an die Aufklärungsarbeit. Zeigt euren Mitarbeitern, wie sie, denen die Pflichten auferlegt sind, ihr Recht erlangen können, versucht sie für die Organisation zu gewinnen, denn nur der Zusammenhalt sichert uns gerechte Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Oberjochbach. Eine reichhaltige Tagesordnung für unsere Versammlung vom 1. August hatte unser Vorstand angefertigt. Bei der Wahl eines neuen Vorsitzenden hatte Kollege Johann Deder die meisten Stimmen auf sich vereinigt, welcher dieses Amt auch annahm. Hierauf wurden die Delegiertenwahlen zum Distrikt vorgenommen. Es wurden gewählt die Kollegen J. Simon, S. Kambach und A. Fahrwächel; von den Kollegen E. Deder und L. Leuzen. Zwischen war Kollege Hamacher (Machen) erschienen, welcher einen kurzen Vortrag hielt über die Notwendigkeit der Einführung der Sozialtarife. Die Distrikte ließ eine gültige Aufnahme dieser Frage durchblicken. Allgemein wurde die finanzielle Führung der Zentralstelle bewundert und hoffen wir, bis zur nächsten Versammlung noch etwaige Hindernisse überwunden zu haben und dann über eine glatte Annahme dieses Antrages berichten zu können. Durch die lange Ausdehnung der heutigen Versammlung war ein diesbezüglicher Beschluß unmöglich geworden. Nach einigen Dankworten an den zurückgetretenen Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Wenz. Die erste Arbeiterinnenversammlung in unserer Ortsgruppe. Endlich ist es uns gelungen, für den 14. Juli eine Arbeiterinnenversammlung einzuberufen. Wir freuten uns, als unser Ortsgruppenvorsitzender uns zugleich mitteilte, daß uns Kollegin Harder dann einen Vor-

trag halten werde. Es trat nun an uns Kolleginnen die Pflicht heran, die Einladungszettel von Haus zu Haus rund zu tragen. Nach dieser gründlichen Vorbereitung konnten wir auf einen guten Besuch der Versammlung rechnen. Dieselbe wurde mit herzlichen Begrüßungsworten des Vorsitzenden eröffnet. Anschließend gab derselbe einen kurzen Rückblick auf die Umwälzung, die auf dem Gebiete der weiblichen Beschäftigung so viel neues erstehen ließ. Und da die Industrien, die Fabriken sich immer mehr entwickelten, weil dort durch die verbesserten Maschinen die Arbeiterinnen immer mehr herangezogen wurden, darum überwiegen heute in manchen Industrien die Arbeiterinnen an Zahl gegenüber den Arbeitern. Es sei deshalb hohe Zeit, die Arbeiterinnen, namentlich diejenigen in der Textilindustrie, ernstlich zu veranlassen, daß sie im wirtschaftlichen Leben sich um ihre eigenen Interessen kümmern und zusammen mit den Arbeitern dieselben wahrnehmen lernen. — Darauf erhielt Kollegin Harder das Wort zu dem Vortrag: Arbeiterinnenleben und Arbeiterinnenziele. Hier wurde uns gezeigt, wie wir gerade jetzt, zur schönen Sommerzeit, von der Natur lernen könnten; ein reifes Kornfeld sei uns ein Bild der verkörperten Einheit. So unentbehrlich die Kornfelder und das aus ihnen gewonnene Brot für die Allgemeinheit sei, ebenso unentbehrlich ist unsere heutige Arbeiterinnenwelt und deren tägliche Schaffen für die Volkswirtschaft. Das allein schon dürfte unser Ständesbewußtsein wecken; dann aber sollten wir als vernünftig denkende Arbeiterinnen unser Leben bewußt gestalten helfen. Das ist in dreifacher Hinsicht nötig; unser Arbeiterinnenleben wird stark beeinflusst von den Arbeits- und Lohnverhältnissen, von den gesundheitlichen Einrichtungen der Fabriken und von der Behandlung, die uns während der Arbeitszeit zuteil wird. Weil nach diesen und nach manch anderen Richtungen hin heute nicht alles in Ordnung sei, darum ist es für jede Arbeiterin wichtig, zu wissen, wer sich um ihre Rechte annehmen kann. Die Zugehörigkeit zum Arbeiterinnenverein oder Jungfrauenkongregation genügt im Erwerbsleben nicht, um Nachteile abzuwehren und Vorteile zu erringen. Wir müßten uns dazu der christlichen Gewerkschaft anschließen. Mit einem Hinweis auf den zahlmäßigen Bestand des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes regte uns die Kollegin noch zu eifriger Mitarbeit an. Die christlich denkenden Textilarbeiterinnen müßten sich zum Ziele setzen, auch als verkörperte Einheit dazustehen.

In der Diskussion sprach zunächst der Herr Präses des Arbeitervereins; durch seine ersten Worte zeigte er, daß der christliche Verband von großem Werte für die Frauenwelt sei. Sehr angenehm wäre es uns gewesen, wenn auch der Herr Pastor in unserer Versammlung gewesen wäre; doch war er durch wichtige Gründe verhindert. Es sprachen noch einige Kolleginnen und versicherten zugleich, in der Agitation für den christlichen Textilarbeiterverband nicht zu erlahmen. Dann schloß unser Vorsitzender die interessante Versammlung. Schade, daß sie nicht so beschick war, wie wir es eigentlich gewünscht hätten; doch in Zukunft wird es wohl besser werden.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Rheinisch-Westfälische Textil-Berufsgenossenschaft Sektion II M.-Gladbach. Nach dem in der Sektionsversammlung erstatteten Geschäftsbericht für das Jahr 1911 gehörten im Berichtsjahre der Sektion 347 (1910 350) Betriebe mit 33311 (33231) Arbeitern an. Die von den einzelnen Mitgliedern nachgewiesenen Löhne betragen insgesamt 29898276 (29874857) M. und der Durchschnittslohn für jeden Arbeiter rund 897 (899) M. Zur Anzeige gelangten 536 (551) Unfälle und zwar 227 (254) im maschinellen Betriebe und 288 (271) außer Zusammenhang mit dem maschinellen Betriebe, sowie 21 (26) Fälle, welche sich nicht als Betriebsunfälle ergaben. Die Zahl der wirklichen Betriebsunfälle betrug demnach 515 (525), wovon 121 (118) Fälle zu entschädigen waren. Todesfälle waren 2 (0) zu verzeichnen. Durch die im Berichtsjahre fortgesetzte und beendete Nachprüfung älterer Unfälle wurde eine Verminderung der Jahresrenten von 9645,20 (21980,80) M. erzielt. Im Jahre 1911 wurden an Unfallentschädigungen gezahlt für die während des Jahres 1911 neu hinzugekommenen 113 (118) Unfälle 18619,85 (19021,43) M., ferner für Unfälle aus den vorhergehenden Jahren, an der Zahl 1006 (1146), 164906,92 (178771,68) M., zusammen also 183526,77 (197793,11) M. Die Gesamtentschädigungssumme ist gegen das Vorjahr um 14286,34 M. zurückgegangen. Im Vorjahr war dagegen eine Steigerung von 840,04 M. zu verzeichnen. Bei der Gesamtzahl von 33311 (33231) versicherungspflichtigen Personen ergibt sich eine Entschädigung von 5,51 (5,95) M. für jede Person und bei einer Lohnsumme von 29898276 (29874857) M. eine solche von 6,14 (6,62) M. auf 1000 M. Lohn. Nach der Aufstellung über die im Jahre 1911 eingetretenen Veränderungen in Rentenschuldungen bezw. deren Ursachen ist im Jahre 1911 ein Abgang von Jahresrenten von 14400,60 (27875,80) M. zu verzeichnen. Die Kosten der Verwaltung im Jahre 1911 betragen 12882,58 (12602,77) M.; sie sind gegen das Vorjahr um 279,81 M. gestiegen.

Rückgang der Sterblichkeit. Der Kampf gegen die Sterblichkeit hat in den letzten Jahrzehnten mit einem größeren Erfolg geführt werden können. In Deutschland haben

1855	1 064 000	= 29,4 v. Tausend
1865	1 134 000	= 29,2 v. Tausend
1875	1 247 000	= 29,3 v. Tausend
1885	1 268 000	= 27,2 v. Tausend
1895	1 216 000	= 23,4 v. Tausend
1905	1 256 000	= 20,8 v. Tausend
1908	1 197 000	= 19,0 v. Tausend

Man sieht hier ziffermäßig deutlich, wie seit Ende der siebziger Jahre das Leben immer energischer den Tod zurückdrängt. Der wachsende Wohlstand, die Schulbildung, die Sanitation, die Hygiene, die gesteigerte soziale Fürsorge und die neuen wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften ärztlicher Kunst haben zusammengewirkt, um die Sterbeziffern ständig zu vermindern, das Alter zu erhöhen. Krankenkassen, Alters- und Ju-

validitätsversicherung, Lungenheilstätten und Trinkerheilanstalten, Säuglingsheime und Anstalten für Mutter-schutz werfen sich dem daherschreitenden Tod immer erfolgreicher entgegen.

Die tiefgehende Bedeutung dieser erfreulichen Tatsache wird aber erst erkannt, wenn man die Sterblichkeitsziffer in Beziehung zur Geburtenziffer setzt. Wir haben in Deutschland, wie in allen kulturell aufsteigenden Ländern, eine abnehmende Fruchtbarkeit. Es wurden geboren:

1855	1 211 000	= 33,5 v. Tausend
1865	1 552 000	= 39,2 v. Tausend
1875	1 799 000	= 42,8 v. Tausend
1885	1 799 000	= 38,5 v. Tausend
1895	1 942 000	= 37,5 v. Tausend
1905	2 048 000	= 34,0 v. Tausend
1908	2 077 000	= 33,0 v. Tausend

Danach kann die sinkende Tendenz der Geburtenziffer seit der Gründungszeit des Deutschen Reiches nicht wohl bestritten werden. Die quellende Fülle fängt an, sich selbst aufzuhalten, da die Zusammenhäufung der Menschen in Großstädte zu Hemmungen der Naturkraft führt, sei es durch zu enge Wohnungen, sei es durch Schwächung des familienbildenden Willens, sei es durch gesundheitliche und sittliche Schäden.

Trotz dieser sinkenden Tendenz unserer Geburtenziffer sind wir Deutsche dennoch ein stark wachsendes Volk, eben um jener vorher nachgewiesenen gleichzeitigen Abnahme der Sterblichkeit willen.

Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung. Wenn durch kaiserliche Order als Zeitpunkt für die neue Organisation der Krankenkassen erst der 1. Januar 1914 festgesetzt ist, so hat dies seinen Grund darin, daß gerade in den größten Bundesstaaten in Bezug auf die Organisation der Krankenkassen noch sehr zeitraubende und umfangreiche Arbeiten zu erledigen sind. Die besonderen Ortskrankenkassen, von denen es allein in Preußen 5000 gibt, deren Weiterbestand zulässig ist, sollen innerhalb sechs Monaten ihre Zulassung nachsuchen. Ueber die Entscheidung auf den gestellten Antrag muß naturgemäß für eine Berufung eine ausreichende Frist zugestanden werden; und hierdurch erklärt es sich allein schon, daß ein früherer Termin für das Inkrafttreten des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung in allen seinen Teilen nicht in Frage kommen konnte. Für die Unfallversicherung ist als Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen der 1. Januar 1913 festgesetzt. In den bis dahin noch verbleibenden Monaten ist allerdings noch eine Fülle wichtiger Vorarbeiten zu erledigen. Die Reichsversicherungsordnung dehnt bekanntlich die Unfallfürsorge auf eine Reihe neuer Betriebsarten aus. Hierzu muß der Bundesrat noch die nötigen Ausführungsverordnungen erlassen. Diese vor der Sommerpause zu erledigen, hat sich als unmöglich herausgestellt. Der Bundesrat wird daher die hierfür erforderlichen Ausführungsbestimmungen voraussichtlich im Beginn des Herbstes erlassen. Zu diesen Vorarbeiten gehört beispielsweise auch die Ausdehnung der Unfallversicherung auf verschiedene Sportzweige, in denen Fahrzeuge, welche durch elementare oder tierische Kraft bewegt werden, sowie Reittiere verwendet werden. Dahin gehören in erster Linie der Automobilsport, der Segel- und Motorboot- und Pferdesport. Außerdem sollen auch die Reiter der Fuhrwerksbesitzer, die ihre Fahrzeuge nicht zu sportlichen Zwecken halten, der Unfallversicherung terstellt werden. Der Bundesrat hat nun zu beschließen, welchen Unternehmergenossenschaften die einzelnen Zweige angeschlossen werden sollen. Nach dem im Reichsversicherungsamt angeforderten Erhebungen dürfte der Bundesrat die verschiedenen Sportzweige zu einer selbständigen Versicherungsgenossenschaft zusammenfassen. Sobald hierfür die Ausführungsbestimmungen erlassen sind, ist dann die Begründung dieser Genossenschaft erforderlich, die ebenfalls noch im Laufe dieses Jahres abgeschlossen sein muß.

Versammlungskalender.

- Barmen. 24. August, 8 1/2 Uhr, im Lokale Martin, Parlamentstraße 1.
- Boisheim. 18. August, 11 Uhr, im Lokale Heinrich Hesse, Generalversammlung.
- Düffeldorf. 20. Aug., abends 7 1/4 Uhr, bei Peter Püh Martinstraße.
- Elberfeld. 17. August, 8 1/2 Uhr, bei Herrmann, Klostbahn.
- Oberhausen. 18. August, 4 Uhr, im Lokale Gustav Bruder, Sitzung des Wahlkomitees zwecks Feststellung des Wahlergebnisses.
- Wärfelsen. 25. August, 10 Uhr, im Lokale Korn. Schümmer, Generalversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Verhandlungen und Beschlüsse des sechsten internationalen Kongresses christl. Textilarbeiterorganisationen. — Eine komplizierte Lohnberechnungsmethode. — Allgemeines Rundschau: Ein deutscher Weinberg-, Wald- und Landarbeiterbund. — Sozialdemokratische Verkündungen. — Der Jahresbericht des Graphischen Zentralverbandes. — Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter. — Die gewerbliche Kinderarbeit. — Bahnwärtiger Haß und Fanatismus. — Die katholischen Arbeitervereine gegen die Gelben. — Das traurige Schicksal der sozialdemokratischen Volks- und Gewerkschaftshäuser. — Die Ursachen der Fabrikarbeit der verheirateten Frauen. — Die „freien“ Gewerkschaften. — Unternehmervielklinge. — Aus unserer Industrie: Eine Gefahr für Deutschlands Tuchindustrie. — Die Erwartungen für die Baumwollindustrie. — Unterbindung der deutschen Seidenausfuhr nach Frankreich. — Internationale Statistik der Glanz-, Haß- und Futurindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Augsburg. — Sachverständigen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Ament St. Anton. — Jüchen. — Oberjochbach. — Wenz. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Rheinisch-Westfälische Textil-Berufsgenossenschaft Sektion II M.-Gladbach. — Rückgang der Sterblichkeit. — Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung. — Versammlungskalender.